

# Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.  
Abonnementspreis durch die Post inkl. Bestellgeld vierteljährlich 1.20 Mk.  
Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:  
Leipzig  
Zeilher Strasse 32, IV., Volkshaus  
Telephonruf 7503.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 40 Pfg. für die gespaltene  
Petitzeile oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen  
vorherige Einzahlung des Betrages aufgenommen.  
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 29.

Sonnabend, den 16. Juli 1910.

14. Jahrgang.

## Inhalt.

**Hauptblatt:** Streiks, Sperren und Lohnbewegungen. — Reminiszenzen aus der Heuscheuer. — Nährstand und Wehrstand. II. — Zum Streik der Pflastersteinarbeiter in Zwingenberg. — Etwas über die Steinindustrie in Verden a. d. Ruhr. — Wie steht es mit dem Geschäftsgange? — Der Landarbeiterverband im Jahre 1909. — Strittige Betriebsunfälle. — Der Panamakanal. — Korrespondenzen. — Rundschau. — Gedicht: Heimatos. — Aphorismen. — Briefkasten. — Quittung. — Allgemeine Bekanntmachungen. — Neue Zahlstelle. — Adressenänderungen. — Anzeigen.

**Beilage:** Ein Landfriedensbruch und was daraus geworden ist. I. — Wirtschaftliche Rundschau. — Soziales von der Brüsseler Weltausstellung. I. — Korrespondenzen.

## Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

(Ueber alle unter dieser Rubrik veröffentlichten Bewegungen ist wöchentlich zu berichten; wo das unterbleibt, fällt für die folgende Nummer die Bekanntmachung weg.)

**Gesperit** find: St. Johann: Firma Burger. — Eckarts-  
hausen: Betrieb Gottschalk. — Roth am Sand:  
Granitwerk Neupert & Wieser. — Lüneburg: Firma  
Max Lange.

**Niedermendig.** Die Lohnbewegung bei der Firma Pidel  
in Kottenheim ist beendet. Die christlichen Sekretäre  
Brendel und Kail haben die Sache auf ihre Art und  
Weise, ohne uns dabei zu berücksichtigen, erledigt.  
Einen materiellen Vorteil zugunsten der Kollegen  
konnten sie nicht erreichen, im Gegenteil ist die Lage  
bedeutend verschlechtert worden.

**Frömmersbach.** Die Firma van Kan & Co. in Düm-  
linghausen weigert sich, einen Akkordtarif abzuschließen.

**Rünbach-Verdingen.** Wegen dauernder Umgehung des  
Tarifvertrags legten die Kollegen bei der Firma  
Treuile die Arbeit nieder. Es kommen dort 22 Mann  
in Betracht.

**Niederlantz.** Am 23. Juni wurde bei der Firma Keul,  
Bates & Co. (früher Frister) ein Tarif eingereicht.  
Nachdem die Firma den gestellten Termin verstreichen  
ließ, ohne uns einer Antwort zu würdigen, legten am  
2. Juli die Kollegen einmütig die Arbeit nieder. Die  
Verhandlungen konnten dann sofort beginnen. Es  
wurde die Anerkennung des Fichtelgebirg-Normal-  
tarifs durchgesetzt, nebst einem Schiedsgericht, analog  
dem des Baarischer Waldes. Am 4. Juli wurde von  
sämtlichen Kollegen die Arbeit wieder aufgenommen.

**Ehlsbach.** Bei der Firma Pius Arnold ist es zu  
Lohnhöhen gekommen. Die Akkordpreise sind un-  
genügend. Der Geschäftsführer Zeus glaubt die  
Reklamationen der Steinmehnen ignorieren zu können.

**Zwingenberg.** Die Pflastersteinarbeiter bei der Firma  
Rüth & Rainmuth stehen im Streik. Zugang ist  
fernzuhalten. Etwa im Odenwald um Arbeit nach-  
suchende Pflastersteinarbeiter mögen sich an die be-  
treffenden Zahlstellenverwaltungen des Bezirks wenden.

**Sträßburg (Elsas).** Ueber die Aktiengesellschaft für  
Montierungsbau, Stuttgart, wurde infolge Lohn-  
differenzen die Sperre verhängt. Ebenso warnen wir  
die Marmorarbeiter vor den Inseraten der Stein-  
industrie Schachenmühle. Niedriger Lohn und  
Entlassungen wegen Verbandszugehörigkeit sind täg-  
liche Erscheinungen.

**Weihenstadt.** Die Firma Kleemann hat sich im Gegen-  
satz zu den Vereinigten Granitwerken in Wunsiedel  
zu Unterhandlungen nicht bereit erklärt. Bei der  
ersten Firma ist Zugang zu vermeiden.

**Floß und Flossenbürg.** Hier sind die Unternehmer durch  
den Gewerberat zu Unterhandlungen eingeladen. —  
Hoffentlich kommt ein Tarif zustande.

**Regensburg.** Für etwa 50 Kollegen der Granitbranche  
wurde vor dem Gewerbegericht ein Tarif abgeschlossen.  
Der Stundenlohn wurde sofort um 4 Pfg. erhöht. Die  
angebotenen Verschlechterungen wurden sämtlich ab-  
gewehrt. Tarifdauer bis 31. März 1913.

**Rögnisberg.** Die Firma Eckart hat ihre Steinmehnen  
ausgesperrt. Zugang ist streng zu vermeiden.

**Oesterreich.** Nach folgenden Orten ist Zugang zu ver-  
meiden: Neu-Bistritz, Neuhaus, Krafau, Lemberg,  
Klagenfurt, Olmütz, Hodonin, Wien, Höfelsdorf, Thum-  
eritz, St. Georgen, Linz, Saubsdorf, Nidlasdorf,  
Zudmantel und Budapest.

**Schweiz.** Basel. Die Firma Uhlmann ist gesperrt.

## Reminiszenzen aus der Heuscheuer.

Was wir einst gelobt im Wald;  
wollen's draußen ehrlich halten!

Das Steinbruchgebiet der Heuscheuer steht unter den  
deutschen Steinmehnen nicht im besten Rufe. Und das mit  
Recht. Nur im äußersten Notfalle entschließen sich unsere  
wandernden Kollegen, die Heuscheuer zum Ziel ihrer Reise  
zu wählen, denn es ist ja allgemein bekannt, daß „reichs-  
deutsche“ Steinmehnen nur dann dort oben Arbeit be-  
kommen, wenn das ausländische Angebot, insbesondere  
das angrenzende Oesterreich, die Nachfrage nicht deckt.  
Und da bekanntlich unsere Berufsverhältnisse in Oesterreich  
noch miserabler sind als bei uns, so ist der Zustrom von

Arbeitskräften nach der Heuscheuer fast ununterbrochen.  
Durch die berüchtigten Legitimationskarten hat die  
preussische Regierung diese Arbeiter gewissermaßen unter  
Polizeiaufsicht gestellt. Schwer leiden unsere österröchi-  
schen Kollegen unter dieser schändlichen Maßregel; denn  
das Verhalten der Polizei gegenüber solchen ausländischen  
Arbeitern, die nicht als Lohndrücker bei uns arbeiten  
wollen, ist zur Genüge bekannt. Ein Wink des Unter-  
nehmers und der Arbeiter fliegt über die Grenze. Die  
Arbeiter nicht reichsdeutscher Nation fühlen sich insolge-  
dessen einer ständigen Beobachtung ausgesetzt, als ob sie  
Verbrecher wären. Bekommt nun aber wirklich einmal  
ein reichsdeutscher Steinmeh Arbeiter in diesem Gebiet, so  
ist sein eifrigstes Bestreben darauf gerichtet, der so peje-  
vollen Gegend so schnell wie möglich zu entinnen. Be-  
kanntlich haben ja die herrlichen Wälder der Heuscheuer  
so manchen Naturfreund, Dichter und Tonsetzer zu schönen  
Liedern begeistert, die zum Teil \* Gemeingut des ganzen  
deutschen Volkes geworden sind. Wer aber dazu verdammt  
ist, unter den gegenwärtigen Verhältnissen in der Heu-  
scheuer Steine zu hauen, dem wird schnell aller Sinn für  
Poesie verschwinden. Schon mancher Kollege, der in  
jugendfrischer Kraft den Knüppel schwang, hat nach wenig  
Jahren ein sehr trauriges Ende gefunden. Die Schwind-  
sucht hatte ihn in der Blüte der Jahre dahingerafft, trotz  
herrlicher Wälder und köstlicher Luft; denn der Heuscheuer-  
stein zählt mit zu den gesundheitschädlichsten Steinarten.  
Und die elenden Zammerlöhne, die die Firmen in der  
Heuscheuer zahlen, bedingen eine derartige Verschlechte-  
rung der Lebenshaltung der Arbeiter, daß ihre Gesund-  
heit noch schneller untergraben wird, als es nach den von  
der Natur gegebenen Umständen nötig wäre.

Ein Menschenfreund könnte denken, daß die geschilder-  
ten Naturverhältnisse die Wirkung hätten, das Los der  
Arbeiter erträglich zu gestalten. Aber — „leicht beieinan-  
der wohnen die Gedanken, doch hart im Raume stoßen sich  
die Sachen“. — Harte Zusammenstöße mit den Polieren  
und Betriebsleitern wird derjenige Arbeiter haben, der  
in der Heuscheuer eine gerechte Bezahlung seiner Arbeit  
fordert. Er ist kein gern gesehener Gast und kann sehr  
bald die Tür von außen zumachen.

Der Heuscheuertarif ist bekanntlich eine Nachbildung  
des Bunzlauer's, mit je nach den Härtegraden steigenden  
Prozentzuschlägen. Bis 30 Prozent.\*\* Bei der Einführung  
des jetzigen Tarifs wurden nach gegenseitiger Ueberein-  
kunft für jede Härtesorte Probe Steine hergestellt, nach wel-  
chen sich die Poliere bei Feststellung des Prozentzuschlags  
richten sollen. Und wunderbar — diese Probe Steine haben  
sich auf geheimnisvolle Weise ganz von selbst vermehrt.  
Noch wunderbarer — die Heizelmännchen haben es mit  
virtueller Meisterschaft verstanden, die Probe Steine so her-  
zustellen, daß an jedem einzelnen Probe Stein sämtliche  
Härtegrade sich vorfinden. Hat nun der Steinmeh ein  
Werkstück fertig, schätzt seinen prozentualen Zuschlag nach  
billigem Ermessen auf 20 Prozent und holt den betreffen-  
den Probe Stein, so dreht der Polier einfach den Probe-  
stein auf eine andre Seite, hält diese Seite an das Werk-  
stück und nun paßt's auch mit 10 Prozent. Freilich ist jetzt  
der Streit fertig, aber solche wirtschaftliche Streitfragen  
sind keine Rechts-, sondern Machtfragen. Hinter dem Po-  
lier steht mit seiner größeren wirtschaftlichen Macht der  
Unternehmer; und wenn, wie es leider in der Heuscheuer  
der Fall ist, die Organisation der Arbeiter mangelhaft ist,  
dann hat der Polier, ganz besonders im Winter, immer  
recht. Viel Unrecht ist durch diese Uebungen der Poliere  
unsern Kollegen schon angetan worden und mancher  
Groschen Geld wurde ihnen auf diese Weise unrechtmäßig  
aus der Tasche genommen. Aber seit der Zurücknahme der  
Tarifikündigung im Frühjahr geben sich die Poliere erst  
gar nicht mehr die Mühe, sich ins Recht zu setzen. Jetzt  
wird einfach gesagt, wem's nicht paßt, der kann gehen,  
dahin, wo es mehr Prozente gibt. Die Behandlung der  
Arbeiter ist unter aller Kritik. Das bisher Gesagte be-  
zieht sich vorwiegend auf die Schilling'schen Betriebe in  
Wünschelburg und Mittelsteine. Noch viel, viel trauriger  
liegen aber die Verhältnisse bei Niggel in Mittelsteine  
und Schlegel. Hier ist es dem Geschäftsführer Dut-  
kewitz vor zwei Jahren gelungen, eine Fachabteilung ins  
Leben zu rufen und die bisherige Geschlossenheit der Or-  
ganisation zu zersprengen. Wir wollen nicht verschweigen,  
daß unsere eigenen Kollegen ein gut Teil Schuld auf sich  
zu nehmen haben, weil sie bei der Wahl von Kassierern  
nicht immer die nötige Vorsicht walten ließen.

Als nun die Zersplitterung der Organisation da war,  
konnte man mit den Leuten schalten und walten, wie man  
wollte, an eine Wahrung ihrer Interessen konnten die  
Arbeiter nicht mehr denken. Alles fing an, zu kriechen,  
wer sich nicht duckte, flog. Harsträubende Zustände sind  
die Folge solcher Preisgabe jeder menschlichen Würde.

Zwar wird auf dem Werkplatz in Mittelsteine die Ar-  
beitszeit von 9 Stunden eingehalten. Aber im Bruch in  
Schlegel lehrt man sich an solche Kleinliche Sachen nicht.  
Dort wird die Bundesratsverordnung fast übertreten. Die  
Arbeitszeit beträgt 10 Stunden. Ja es kommt sogar vor,  
daß Leute am Tage Steine hauen und nachts ihre Schicht

\* Wer hat dich, du schöner Wald, aufgebaut; Früh morgens,  
wenn die Hähne krähen.

\*\* In Rüdgers bis 40 Proz. Die vorstehenden Ausführun-  
gen beziehen sich vorwiegend auf Wünschelburg, Mittelsteine und  
Schlegel.

im Bergwerk wegmachen. Wir werden ja sehen, was die  
Berufsgenossenschaft und die Gewerbeinspektion zu diesen  
offenbaren Gesetzesübertretungen sagen werden. Viel  
wird ja den Missetätern nicht geschehen.

Für die Kollegen der ganzen Heuscheuer ist aber diese  
fortschreitende Verelendung der Steinarbeiter ein war-  
nendes Beispiel, wohin es führt, wenn die patentierten  
Fachabteilungsschriften überhand nehmen. Alle Errungen-  
schaften der modernen Organisation, als da sind: geregelte  
Arbeitszeit, Tarif, Schutzvorschriften, werden über Bord  
geworfen und alles dem Herrn überlassen. Der Herr hat's  
gegeben, der Herr hat's genommen, und wenn auch der  
Name des Herrn heimlich nicht immer gelobt wird, so magt  
doch keiner, offen zu muskeln. Steigt die Unzufriedenheit  
aber wirklich einmal so weit, daß sie sichtbar wird, dann  
gibt's ein paar Liter Schnaps oder ein Fäßchen Bier und  
alles ist wieder gut.

Es ist jedoch zu hoffen, daß die Not der Zeit auch diese  
verblendeten Arbeiter wieder auf den rechten Weg bringen  
wird. Unsere Kollegen in der Heuscheuer aber dürfen sich  
nicht allein dieser Hoffnung hingeben, sondern müssen  
tatkräftig mit Hand ans Werk legen und durch das gute  
Beispiel und unablässige Agitation danach streben, unsre  
Reihen wieder zu schließen. Denn: Hoffe wenig,  
strebe viel; das ist der beste Weg zum Ziel!

## Nährstand und Wehrstand.

II.

Kein Wunder, daß ob solcher Bevorzugung des Krieger-  
stands diesem selbst ganz gewaltig der Ramm schwillt.  
Er fühlt sich als ganz besonders bevorzugte  
Kaste. Vor allem ist die Offizierskaste ein Stand,  
der seine ganz besonderen, bevorzugten Eigenheiten hat.  
Die Offiziere bilden das Herrenmenschtum unter den  
Soldaten. Der älteste und erfahrenste Sergeant wird  
vom Obersten oder General nur als Mittel zum Zweck  
betrachtet, während ihm der jüngste Unterleutnant als  
Kollege gilt. Dieser Rastensitz ist so eingefressen,  
daß die Bezeichnung „Herr“ im Soldatenstand erst offiziell  
beim Unterleutnant beginnt. Und jeder Unterleutnant  
nennt die ihm Untergeordneten einfach nur bei ihrer  
Charge, während der dem Unterleutnant im Range  
Höherstehende, und sei es auch der älteste General, ihm  
gegenüber bei der Anrede stets das Prädikat „Herr“ in  
Anwendung bringt. Der Herrenmensch kann eben nach  
den Offiziersanschauungen nur in seiner Offizierskaste  
als deren Mitglied restlose Anerkennung finden.

So sehen wir die starre Abschließung der Offiziers-  
kaste schon im Soldatenstande. Im Verkehr mit dem  
„Zivilpaar“ tritt dieses Faktum noch weit offensichtlicher  
in die Erscheinung. Nie wird es sich ein Offizier einfallen  
lassen, im Eisenbahnwagen 3. Klasse einzusteigen. Er  
käme mit dem „gewöhnlichen Volk“ in zu nahe Berüh-  
rung. Ist er genötigt, die Straßenbahn zu benutzen, so  
steht er auf dem Vorder- oder Hinterron, das Hinlegen  
im Innern des Wagens unter das gewöhnliche Zivilvolk  
wäre nicht standesgemäß. Und wäre einmal ein Offizier  
so freimütig und wagehalsig, es zu riskieren, er machte sich  
in seinen Kreisen einfach unmöglich.

Diese Ueberhebung überträgt sich auch auf die Söhne  
des Volkes im Soldatenrock. Wie sollte es auch anders  
sein! Der professionierte Rekrutendrücker wird fast stets  
durch eine recht demonstrativ zur Schau getragene Selbst-  
überhebung auffallen. Er fühlt sich in seinem „vor-  
nehmen Rock“ als etwas Besseres und Besonderes. Daß  
er dem Offizier nicht als Vollmensch gilt, das nimmt er  
mit der Unterwürfigkeit des Untergebenen als etwas  
Selbstverständliches hin. Dafür brilliert er dem Zivil-  
volk gegenüber mit seiner bunten Uniform, seinem Säbel.  
Er fühlt sich als Mitglied einer bevorzugten Menschen-  
klasse. Und dennoch gilt seine ganze Berufsbildung der  
Zerstörung, der Vernichtung.

Und der Arbeiter, der Schaffer aller Kulturwerte, der  
Erzeuger aller menschlichen Fortschritte, der Willensvoll-  
strecker vorwärtsstrebenden, menschlichen Titanengetites,  
er lebt verachtet, sein Gewerbe gilt als wenig ehrenvolles.  
Und doch gibt er aller Kunst- und Lebensart den ersten  
Plan und die letzte Ausführung.

Wir sagten im vorigen Abschnitt, daß die Höhe des  
Kulturstandes eines Landes abhängig sei von der Be-  
achtung und Wertschätzung des Arbeiter- und Soldaten-  
standes. Wir sehen nunmehr ergänzend hinzu, daß dieser  
Grad des Kulturstandes ein um so höherer ist, je mehr  
man die Arbeit achtet und schätzt, und ein um so tieferer,  
je mehr man sie verachtet und das Extrem der schaffenden  
Arbeit, den Soldatenstand, mit Ehren überhäuft.

Legt man nun diesen ganz natürlichen Maßstab der  
Kulturmessung in unserm „zivilisierten“ Lande zugrunde,  
dann stoßen wir auf ein erschreckendes Maß von Un-  
kultur. Ja, es ist wahr, unsre so vielgerühmte Kultur  
ist nichts als ein glänzender Firnis, womit man die  
herrschende Barbarei überladet hat! Der Arbeiter, dem  
die offizielle Welt all ihre Lebensbequemlichkeiten ver-  
dankt, wird verachtet, der Soldat, als Träger des Zer-  
störungssinnes, wird geehrt. In diesen wenigen Worten  
liegt das große Maß der Unkultur unsrer Zeitläufte.

Viele Menschen sind Märtyrer der Menschheit. Sie  
opfern ihr Leben für den Fortschritt der Menschheit oder  
die Erfüllung des Willens einer größeren Gesamtheit.

Manchmal sind sie auch Märtyrer ihres eignen Egoismus. Savonarola starb auf dem Scheiterhaufen, Christus am Kreuz, Gustav Adolf auf dem Schlachtfeld. Gilt denn der Tod beim Tunnelbau oder im tiefen Kohlenklocher oder beim Häufelbau gar nichts? Sind die, die hier ihr Leben lassen, nicht Märtyrer, edler als der Märtyrer des Schlachtfeldes, dessen Leben nicht der menschlichen Schaffenkraft, sondern der Zerstörungswut zum Opfer fiel?

Ja, wir stehen noch tief in der Barbarei. Und hieraus die Menschheit zu erheben und die Arbeit zu dem ihr gebührenden Recht, zur vollen Anerkennung zu bringen, das muß die Aufgabe aller wahren Kulturmenschen, vor allem der Arbeiter sein!

In neuerer Zeit sehen wir, daß ein Hauch dieser ganz natürlichen und gesunden Anerkennung der Arbeit und ihrer Helden bereits zu verspüren ist. Woher kommt das? Zunächst dadurch, daß unsere staatlichen Einrichtungen mehr demokratisiert wurden, wodurch auch die Arbeiterschaft ein allerdings noch sehr bescheidenes Mitrederecht erwarb und man in weiten Kreisen der „offiziellen“ Welt bei Wahlen usw. auf die Sympathien der Arbeiter angewiesen ist. Man drückt sogar bei solchen Gelegenheiten auch mal vorübergehend den „Bruder Arbeiter“ ans Unternehmerherz.

Vor allem aber haben sich die Arbeiter einige Achtung und Anerkennung verschafft und erkämpft durch ihre Organisationen. Diese haben immer und immer wieder durch ihre berufenen Organe ihre Stimmen erhoben und das Menschenrecht und die gerechte Anerkennung der Arbeiterschaft gefordert. Sie haben nachgewiesen, daß die Arbeiterschaft bisher das Stiefkind der Gesetzgebung war. Sie haben betont, daß die Schaffer und Erzeuger aller wahren Kulturwerte schlecht entlohnt werden bei übermäßig langer Arbeitszeit. Sie verlangten wirtschaftliches und politisches Recht, sie verlangten Freiheit und Licht. Und da die natürliche Humanität eine seltene Erscheinung in der heutigen besitzenden Klasse, suchten die Arbeiter kraft ihrer Organisation ihre Rechte durch den politischen und wirtschaftlichen Kampf durchzusetzen.

Viel Gutes ist durch diesen Kampf schon errungen worden. Und die Millionen Arbeiter, die heute bereits den Wert der Organisation erkannt haben, sie werden auf dem einmal beschrittenen und als richtig anerkannten Wege ausfahren und so das bisherige Äschenbrödel der herrschenden Klassen, die Arbeit, zu dem ihr gebührenden Rechte und zur vollen, rückhaltlosen Anerkennung verhelfen!

Das Ziel wahrer Kultur muß sein: Die Erhebung der Arbeiterschaft aus der Knechtschaft, ihre Befreiung aus allen unwürdigen Banden, den Mitgliedern des Nährstandes Wohlstand und Wohlergehen, Freiheit und Sonne! Ehre der Arbeit in jeder Gestalt, Untergang dem nichtsnutzigen Müßiggang! Und Hand in Hand damit das Bestreben zur Beseitigung des Wehrstandes, der Unproduktivität, der professionierten Zerstörung! Alle Menschen sind Brüder und Schwestern, und die steigende Kultur soll auch den Letzten zu der Erkenntnis bringen, daß Menschenfeinde Barbarei ist und alle sich finden müssen in dem gemeinsamen, großen und schönen Garten der Kultur, der Arbeit.

An diesem wahren und herrlichen Werke mitzuarbeiten ist aber die Pflicht aller Arbeiter! Bringt ihnen doch diese Tätigkeit das, was heute schon das Sehnen und Streben vieler Millionen: Freiheit, Wohlstand und Liebe. Und als Träger dieser großen Bewegung, als Machtausdruck der Arbeiterbewegung gilt die Arbeiterorganisation! Zu ihr steht in Freud und Leid als einig Kämpfer für den menschlichen Fortschritt! Haltet zu ihr unverdrossen und erfüllt darin eure volle Schuldigkeit! Dann wird die Arbeit nicht mehr vernachlässigt sein und ihre Träger werden vor der ganzen Welt die ihnen gebührende Anerkennung und Hochachtung finden! Haltet zur Organisation und erkämpft euch eure Freiheit!

## Zum Streik der Pflastersteinarbeiter in Zwingenberg.

Wie vor kurzem schon gemeldet wurde, befinden sich die Pflastersteinarbeiter von Zwingenberg im Betriebe des Unternehmers Reimuth in einer Lohnbewegung. Da der Lohn dieser Steinarbeiter gegenüber dem der gleichartigen Arbeiter im übrigen Bergstraßer Granitgebiet um ein beträchtliches niedriger ist, reichten sie vor einigen Wochen einen mit geringfügigen Lohnerhöhungen vorgesehenen Tarifvertrag ein. Die geforderten Aufbesserungen wurden von vornherein so gering bemessen, daß bei einigermaßen sozialem Empfinden seitens des Arbeitgebers dieselben ohne Schwierigkeiten von ihm hätten anerkannt werden können. Wie das Unternehmertum sich aber fast gegen jede Lohnverbesserung der Arbeiter sträubt, und wenn dieselbe noch so bescheiden ist, so auch dieser Unternehmer. Als Entgegnung auf die eingereichte Lohnerböschung antwortete er mit Schnaubzügen. Bei der Unterhandlung, die die Lokalkommission mit ihm hatte, suchte er den Mitgliedern der Kommission weiszumachen, daß es ihm infolge der allgemeinen schlechten Geschäftslage in der Pflastersteinindustrie und namentlich der durch die schwedische Konkurrenz herabgedrückten Preise nicht möglich sei, weitere Zulagen machen zu können. Dieses Argument wird ja von Seiten der Unternehmer immer ins Feld geführt, wenn die Arbeiter ihre Lage verbessern wollen. In der Pflastersteinbranche herrscht jedoch gar kein solch schlechter Geschäftsgang. Im Gegenteil sind ganz besonders in letzter Zeit eine Anzahl neue Aufträge von Pflastersteinlieferungen von vielen Städten vergeben worden, wie im „Steinarbeiter“ mehrmals zu lesen war. Wollte sich im übrigen die Arbeiterschaft bei ihrem allgemeinen Streben nach Besserstellung immer nach dem richten, was der Unternehmer dazu sagt, so würden sie eben auf jegliche Lohnerböschung verzichten müssen. Denn wo immer auch die Arbeiter den Versuch gemacht haben, ihre oft erbärmliche Lage auch nur um einiges zu verbessern, da wünte ihnen von Seiten des Unternehmertums immer das alte Lied entgegen: „Die Preise sind zu schlecht, die Konkurrenz zu groß, die Arbeit zu knapp, wir können keine Zulagen bewilligen.“ Wenn nun gar noch dieser Unternehmer so tut, als hätten die Arbeiter kein Recht, Forderungen auf Lohnerböschung zu stellen, weil sie vielleicht froh sein müßten, überhaupt bei ihm beschäftigt zu werden, so kennzeichnet dies so recht, wie wenig soziales Verständnis ein solcher Unternehmer hat. Im allgemeinen scheint der Unternehmer seine Arbeiter noch für ziemlich beschränkt zu halten, wenn er ihnen zumutet, sie sollten das Arbeitsverhältnis in seinem Betriebe als ein familiäres betrachten. Die Arbeiter jedoch sein eigener familiärer Ein gelb, das hat er den Arbeitern hierbei in einem sehr eigenartigen Maße gezeigt, indem er ihnen nicht einmal diese geringfügigen Zulagen gewährte. In Kürze wollen wir hier mitteilen, wie hoch diese Forderungen sind, wenn man die Lohnkommission ist schon, entgegen

Ihrer ursprünglich eingereichten Forderung, nur um eine Verbilligung zu erzielen, in mehreren Punkten zurückgegangen. Im ganzen betrug die geforderte Lohnerböschung 8—10 Prozent. Jetzt handelt es sich dagegen nur noch um etwa 4—5 Prozent. Der Lohn dieser Arbeiter schwankt zwischen 3 und 3.50 Mark pro Tag. Wenn also die Arbeiter bei den heutigen überaus teuren Lebensmittelpreisen angeht des hohen Lohnes um 4—5 Prozent ihre Löhne verbessern wollen, so kann eine solche Forderung mit vollem Recht als eine bescheidene bezeichnet werden. Die patheistische Erklärung des Unternehmers, daß er das Verhältnis zwischen seiner Person und den Arbeitern wie ein familiäres aufgefaßt wissen wolle, ist weiter nichts als inhaltlose Worte für die Arbeiter. Oder meint er vielleicht, daß die Arbeiter dieses familiäre Verhältnis so auffassen sollen, daß er der freigegebende Vater und sie die willigen und folgamen Kinder sein sollen, dann müssen wir ihm schon sagen, daß er sich getäuscht hat. Die Arbeiter bedanken sich für eine solche Rolle. Sie stehen vielmehr auf dem Standpunkt, daß auch sie für sich in Anspruch nehmen können, für mündig gehalten zu werden, und schon selbst wissen, was notwendig und berechtigt ist. Nicht schöne Worte also wollen sie, sondern einen für ihre gesundheitsschädliche, schwere und gefährliche Arbeit auskömmlichen Lohn und eine menschenwürdige Behandlung. Letzteres gilt besonders für die beiden Vorarbeiter. Diese beiden Herren gebärden sich fast schlimmer wie der Unternehmer selbst. Alle nur möglichen Schikanen werden angewandt, um den Arbeitern das Leben sauer zu machen. Den beiden Herren mag gesagt sein, daß auch über sie über kurz oder lang das Verhältnis der Entlassung hereinbrechen kann. Wir werden uns deshalb ihr unschönes Benehmen in Erinnerung halten, um es ihnen einstens vielleicht doch noch vergelten zu können. Dem Herrn Unternehmer Keimuth aber möchten wir raten, statt seinen patriarchalischen Neigungen lieber darauf sein Augenmerk zu richten, daß die Arbeiter, die gezwungen sind, im Freien zu arbeiten, die so sehr notwendigen Schutzdächer erhalten. Schutzdächer sind für solche Betriebe ganz besonders notwendig, weil es in der Natur der Arbeit liegt, daß der Arbeiter oftmals, ja fast immer, im Freien arbeiten muß.

## Etwas über die Steinindustrie in Herdecke a. d. Ruhr.

Wenn man von Bitten aus in dem herrlichen Ruhrtal aufwärts wandert, so gelangt man über Wetter bald in das Städtchen Herdecke. Zu beiden Seiten der Landstraße streben ansehnliche Berge in die Höhe, welche reichlich mit Aussichtstürmen resp. Denkmälern gekrönt sind. Auch Burgruinen findet man sehr viele an den Ufern der Ruhr, und es kann wohl mit Recht behauptet werden, daß das Ruhrtal eine der schönsten Gegenden mit ist in Deutschland.

Kurz hinter Wetter sieht man den mächtigen Eisenbahnviadukt, eine Sehenswürdigkeit von Herdecke, mit seinen schlanken Pfeilern in die Höhe ragend. Derselbe ist aus dem Material erbaut, wovon hier die Rede sein soll. Nämlich aus dem Ruhrtalstein.

Uralte ist die Steinverarbeitung in Herdecke; noch vor ungefähr 20 Jahren war die Steinhauerei fast ausschließlich die Erwerbquelle der Einwohner von Herdecke. Heute ist das nun anders geworden. In ganz Herdecke sind nicht mehr viel ansehnliche Steinmehnen vorhanden. Entweder sie sind verfallen oder sie haben sich einem andern Verufe zugewandt, um der heimischen Verursachung der Steinmehnen, der Lungenschwindsucht, nicht allzu früh zum Opfer zu fallen. Schon jahrelang findet man keinen Lehrlingen mehr in den Brüchen, und wenn das so fortgeht, so wird in weiteren 15 bis 20 Jahren von der Herdecker Steinhauerei nicht viel mehr vorhanden sein. Auch die Betriebe selbst sind sehr zurückgegangen. In Brüchen, wo früher 40, 50 Mann und mehr arbeiteten, findet man heute, wenn es hoch kommt, 15 bis 20 Steinhauer. Dieses ist sehr bedauerlich, denn der Ruhrtalstein ist ein sehr ansehnliches, wetterbeständiges Material, welches an Härte mit mancher Granitart konkurriert. Die Gewinnungskosten sind allerdings in der Regel sehr hoch. Manchmal sitzt über der guten Steinbank zweimal so viel Abraum, wie diese selbst an Nützlichkeit beträgt. Dazu kann man noch nicht mit Sicherheit darauf rechnen, daß der „Packer“, wie der Fachausdruck heißt, auch den Erwartungen entspricht, die man auf ihn gesetzt hat. Weil die meisten Brüche abseits der Bahn, in den Bergen, liegen, so kommen auch noch ziemlich hohe Transportkosten hinzu. Auch muß man berücksichtigen, daß die Ausbreitung der Eisenbahnen und Wasserstraßen in den letzten Jahren bedeutende Fortschritte gemacht hat, welche es den Granitindustriellen ermöglicht, mit ihrem Material überall in erfolgreiche Konkurrenz zu treten. Dies alles, in Verbindung mit der Kunststeinindustrie, hat es zuwege gebracht, daß die Steinindustrie des Ruhrtales so zurückgegangen ist. Zum großen Teil tragen die Unternehmer auch sehr viel die Schuld mit ihrer Schmuckkonkurrenz. Man hat hier kleine Unternehmer, welche in Zeiten schlechter Konjunktur sich einander bei Submissionen derart unterbieten, daß einem die Haare zu Berge stehen. Wenn sie dann nicht existieren können, so lamentieren sie über die bösen Arbeiter, welche mit ihren übertriebenen Lohnforderungen dem Unternehmer das Leben schwer machen. Es kann aber absolut nicht im Interesse der Arbeiter liegen, wenn ein Betrieb nach dem andern einsteht. Darum wäre es sehr zu wünschen, daß hier mal Remedur geschaffen würde und die Meister sich über diesen Punkt endlich einmal einigten.

Die Lagerung des Gesteins ist sehr verschieden. In manchen Brüchen ist sie horizontal, in andern fast vertikal. Da der Stein auch nicht immer gleich gut spaltet, so hat der Steinhauer meistens tüchtig zu bossieren. Daraus verstehen sich sehr gut die Italiener, welche die Betriebe hier so ziemlich aufrecht erhalten. Was von einem Italiener manchmal in einem Tage geleistet wird, ist kolossal; die einheimischen Kollegen können sich mit diesen in der Bucherei nicht messen. Es soll dies aber keine Zurücksetzung oder gar ein Vorwurf der hiesigen Kollegen sein, durchaus nicht. Es ist doch auch etwas ganz andres, wenn so ein Ausländer den Winter über in seiner Heimat sich ausruht und im Frühling mit erneuter Arbeitskraft wieder anfängt, als wenn der hiesige Steinmehnen jahraus, jahrein den Hammer schwingt. Dazu ist im Winter bei schlechtem Verdienst auch die Ernährung eine mangelhafte. Eine traurige Rolle spielt dabei auch der Alkohol. Es kann den Arbeitskollegen gar nicht oft und dringend genug gesagt werden, wie sehr sie sich mit diesem Gift in gesundheitlicher und finanzieller Hinsicht schädigen. In diesem Falle ist es allerdings nicht mehr so schlimm, wie früher, und ist dieses nicht zum wenigsten der Aufklärung durch die Organisation zu danken, die sich mehr und mehr Eingang in die Brüche verschafft.

Wenn ich eingangs erwähnte, daß der Ruhrtalstein ein sehr wetterbeständiges Material darstellt, so ist dies nicht übertrieben. Als Beispiel sei hier nur erwähnt die Straße in Hohenburg. Dieselbe stammt, wenn ich nicht irre, aus der Zeit Wittelkinds und Karls des Großen. Aber der Zahn der Zeit hat es noch nicht vermocht, das Gestein wesentlich anzugreifen. Daß der Ruhrtalstein sich aber auch zu monumentalen Brunnbauten sehr gut eignet, das beweist das Kaiser-Wilhelm-Denkmal ebendasselbst. Hierüber soll gelegentlich einmal gesprochen werden.

Zum Schluß sei erwähnt die Abgabemöglichkeit des Ruhrtalsteins. Dieses ist ein Gebiet, welches noch lange nicht die Beachtung findet, die es wohl verdient. Hier haben die Unternehmer noch ein großes Arbeitsfeld vor sich, womit sie die Herdecker Steinhauerei wieder beleben könnten. Wenn sie hierfür die nötige Klamme, ohne welche es in unserer Zeit nun einmal nicht geht, in Anwendung brächten.

Dies wenige soll für heute genügen und behalte ich mir vor, später wieder einmal das Wort zu ergreifen. Es wäre aber sehr wünschenswert, wenn aus andern Gebieten des Ruhrtales auch einmal Stimmen laut würden. Überall, wo sich Steinbrüche befinden oder wo Steine bearbeitet werden, sei es Muschelkalk, Tuffstein, Granit oder wie sie alle heißen, regt es sich, um die Aufmerksamkeit auf sich zu lenken, nur die Ruhrtalsteinindustrie, die schweigt. G. H.

## Wie steht es mit dem Geschäftsgange?

Die gute Geschäftslage in der Monumentalindustrie des Richtiggebirges, die im Laufe des Frühjahrs einsetzte, hat einen argen Rückschlag erlitten, besonders die Betriebe, die der Aktiengesellschaft angeschlossen sind, sind mit wenigen Ausnahmen davon betroffen. Die Kollegen sind gezwungen, oft tagelang auf Stücke zu warten. Die wenigen Aufträge, die einlaufen, sind schnell erledigt und reichen bei weitem nicht aus, alle Arbeiter voll beschäftigen zu können. Nun kommt es vor, daß ein Teil der Arbeiter Überstunden leistet, während die andern spazieren gehen. Bei der Firma Adernann liegen die Verhältnisse noch etwas günstiger. In Seuzen werden sogar noch Steinmehnen eingestellt. Ob dort die Materialfrage eine Rolle spielt, kann nicht gesagt werden. Noch vor vier Wochen wurde in Wunsiedel, Niederlamitz und Selb teilweise Tag und Nacht gearbeitet, in einigen Betrieben liefen sogar Sonntags die Maschinen und heute feiert ein Teil der Kollegen. Arbeiterentlassungen sind noch nicht vorgekommen, da die Unternehmer noch auf größere Aufträge rechnen müssen. In den übrigen Betrieben der Monumentalbranche sind die Verhältnisse günstiger, so daß die Arbeiter voll beschäftigt sind.

In der Baubranche hat sich seit dem letzten Bericht nichts geändert, die Aufträge sind knapp, besonders in Neuforg werden die Steinmehnen noch mit anderer Arbeit beschäftigt. In Gesees sind die Verhältnisse etwas günstiger und es werden in einem Betriebe sogar Neueinstellungen von Arbeitern vorgenommen.

Größere Aufträge liegen nur in Weisenstadt, Firma Adernann, vor und zwar ein Mausoleum aus rotem Material. Die Arbeit geht nach Ägypten.

Im Neuforger Steinbruch sollen etwa 1000 Kubikmeter Werksteine zur Erweiterung des Ostseehafens hergestellt werden. Das wäre allerdings ein recht bedeutungsvoller Auftrag. Die Steinbrecher und Steinmehnen hätten somit für die Zukunft genügend Aufträge.

In Zell-Reinersreuth ist der Geschäftsgang normal. Unsere Notiz in Nr. 25 sei dahin richtiggestellt, daß sich unsere Kommission mit der Firma Goller geeinigt hat. Für die in Frage kommenden Stufen wurde eine Verständigung erzielt. Herr Oberwerkführer Guthmann sagte bereitwillig zu, daß bei eventuellen Meinungsverschiedenheiten wegen der Lohnsätze die Kommission jederzeit gehört werden soll.

Aus dem Odenwald schreibt man uns: Von dem Arbeitsmangel, vor dem uns die Unternehmer bei unserer Lohnbewegung grüßeln machen, ist jetzt nichts mehr zu spüren. Die Denkmalarbeiten werden in großem Maßstabe hier ausgeführt. Auch die bekannten Odenwälder Winterarbeiten (Handsteine) sind im größeren Quantitäten vergeben worden. Hauptächlich von Frankfurt, Wiesbaden und Mannheim gingen größere Aufträge aus. Bauarbeiten sind weniger anzufertigen, dazu hat natürlich auch die Bauarbeiterausperrung ihr gut Teil beigetragen. Bei Submissionen scheinen die Herren Unternehmer nicht so einig zu sein, als wie bei Lohnreduktionen. Denn ganz gewaltige Differenzen sind zwischen dem Höchst- und Mindestfordernden gewöhnlich vorhanden. Auf diesem Wege leistet Herr Bremer-Sonderbach hervorragendes. Es scheint oftmals unglaublich, daß er bei derartigen Angeboten bestehen kann. Von Arbeiterentlassungen war hier nichts zu merken; im Gegenteil waren auf manchen Werksplätzen der Arbeitskräfte zu wenig. Dies beweisen die Annoncen im „Steinarbeiter“ und sonstigen Zeitungen. Es soll dadurch nicht gesagt werden, daß wir im Odenwald das Paradies haben, denn die Löhne lassen bei den Anforderungen, die heute an die Arbeiterschaft gestellt werden, noch viel zu wünschen übrig. Die Steuerzettel haben im besessenen Gebiet eine Höhe erreicht, daß eine 14tägige Lohnzahlung eines guten Steinmehnen kaum ausreicht, um den Staat bestreiden zu können. In der größten Sparsamkeit müssen also die Odenwaldsteinarbeiter leben, wenn sie sich und ihre Familie richtig ernähren wollen.

Im Muschelkalkgebiet ist der Geschäftsgang ein zufriedenstellender. Neueinstellungen sind allerdings in der letzten Zeit nicht zu verzeichnen. Die hiesigen Kollegen müssen sehr anstrengend tätig sein, wenn sie einigermaßen auf einen anständigen Lohn rechnen wollen. — Eine wirkliche Schinderei haben die Brecher zu leisten.

Im niederschlesischen Sandsteingebiet ist der Geschäftsgang klar. In Bunzlau wurden sogar verheiratete Steinmehnen entlassen, in Altwarthau sind die Brüche wieder etwas in Schwung gekommen. — Im schlesischen Heuschenergebiet geht es in den Steinbrüchenbetrieben wieder etwas flotter, aber meist wird nur glatte Arbeit angefertigt.

## Der Landarbeiterverband im Jahre 1909.

Der Verband der Land-, Wald- und Weinbergarbeiter erstattet seinen ersten Geschäftsbericht für das Jahr 1909. Danach ist es in der kurzen Zeit des Bestehens der Organisation (seit 1. Juni 1909) gelungen, bei der ländlichen Arbeiterschaft Eingang zu finden, trotzdem sehr bald der Widerstand der Behörden und Gutsherrn bemerkbar wurde. Lokalmangel, Angst vor den Gutsherrn und Behörden mußten erst überwunden werden, ehe ein Erfolg winken konnte. Den Organisationsleitern standen aber mächtige Bundesgenossen zur Seite. Die wahnwitzige Verteuerung aller Bedarfsartikel durch Zollpolitik und Reichsfinanzreform, die beide dem ländlichen Arbeiter seine überaus elende Lage berart fühlbar machen, daß er über alles Erwarten für den Organisationsgedanken empfänglich geworden ist.

Der Mitgliederstand von Ende 1909 ist unter diesen Umständen heute auch weit überholt und dürfte am Ende des laufenden Jahres die ersten 10 000 überstiegen haben. Ende 1909 zählte der Verband 215, gegenwärtig zirka 340 Orts- und Bezirksgruppen in allen Teilen Deutschlands. Aus andern Verbänden sind insgesamt nur 250 Mitglieder übergetreten, darunter die Mehrzahl bayrischer Waldarbeiter aus dem Verband der Staats- und Gemeinbearbeiter. Dagegen stellt der Fabrikarbeiterverband, dem früher die Landarbeiter zugezählt waren, nur einen geringen Anteil an Uebertritten.

Die anfänglich gehegte Auffassung, die neuen Mitglieder eigneten sich schwer zur Vornahme der Verwaltungsgeschäfte, konnte sehr bald der erfreulichen gegenseitigen Erkenntnis weichen. Die Erfahrungen, die Verbandsvorstand und Gauleiter in dieser Richtung machten, lassen es geraten erscheinen, in allen Ortsgruppen darauf zu dringen, daß die Verwaltungsgeschäfte von den Mitgliedern verstanden werden.

Als eine Einrichtung, die wohl am meisten in Anspruch genommen werden dürfte, hat sich der freie Rechtschutz erwiesen. Neben der Beantwortung zahlloser Anfragen, die sich nicht nur auf das Gebiet des Arbeitsvertrages und der Arbeiterversicherungsgeetze beschränken, hatte die Verbandsleitung bereits in sehr vielen Fällen die Einleitung von Klagen bei den verschiedensten Gerichten nötig. Es konnte auf dem Zivilprozesswege, wie auch durch Beistand in vielen Strafverfahren den Mitgliedern wirksam und erfolgreich Hilfe geleistet werden. Beim Eindringen in das Gebiet der Gesundheitsverordnungen, Ausnahmegesetze und polizeilichen Verordnungen gegen die ländlichen Arbeiter zeigte sich erst die Notwendigkeit dieser Arbeiterschaft.

Direkte Verbesserungen im Lohn- und Arbeitsverhältnis wurden in der kurzen Zeit auch schon erzielt. Der Meißner

Kammenschluß der Landarbeiter eines Bezirks genügt, um die Arbeitgeber zur Gewährung von höherem Lohn und besserer Behandlung zu veranlassen. In verschiedenen Waldbarbeiterbezirken wurden durch Eingaben an die staatlichen Behörden Verbesserungen angebahnt und teilweise erreicht. Die Landtagsfraktionen wurden bei ihrem Eintreten für die Interessen der Land- und Forstarbeiter mit Material unterstützt.

Das Verbandorgan „Der Landarbeiter“ ist, nach mündlichen und schriftlichen Berichten zu schließen, zum großen Teil und vielfach am Monatsbeginn mit Ungeduld erwarteten Blatte geworden, das das Lebensbedürfnis bei den ländlichen Arbeitern weckte und den Gedankenkreis der unter den denkbar verschiedensten Verhältnissen lebenden Leser auf die Notwendigkeit des Kampfes lenken konnte.

Der junge Verband ist in seinem ferneren Wirken auf die tätige Mitarbeit aller in der modernen Arbeiterbewegung stehenden Kräfte angewiesen, um so mehr, als die Gegner im Unternehmerrager, aufgeschreckt durch unsere Erfolge, bereits daran gehen, durch Gegenmaßnahmen dem Verbaude den Weg zu weiteren Erfolgen zu verlegen.

In einer Reihe von Steinbruchgebieten können unsere Verbandskollegen für den Landarbeiterverband sehr nutzbringend tätig sein, so zum Beispiel im Fichtelgebirge, dem Bayerischen Walde, im Mainlandsteingebiet usw. Unsere Kollegen kommen sehr häufig mit den Waldbarbeitern zusammen und müssen die letzteren auf die neue Organisation verwiesen werden. Unsere Verbandsmitglieder dürfen da keine Mühe scheuen, sie müssen bestrebt sein, dem Landarbeiterverband in den abgelegensten Gegenden bei der Gründung von Zahlstellen behilflich zu sein.

## Strittige Betriebsunfälle.

Auf dem letzten Gewerkschaftstongreß wurde zur Unfallversicherung u. a. gefordert: „Der Begriff des Betriebsunfalls ist auf jene Unfälle auszudehnen, die auf dem Wege nach und von der Arbeit eintreten.“ Bekanntlich sieht die Reichsversicherungsordnung eine derartige Ausdehnung nicht vor. Nach der heutigen Rechtsprechung des Reichsversicherungsamts tritt der Arbeiter erst mit dem Eintreten auf der Arbeitsstelle in den Bann des versicherten Betriebes und scheidet nach Einstellung der Arbeit mit dem Verlassen der Arbeitsstätte aus dem Betriebsbann aus. Es sind daher Unfälle, die sich auf dem Wege zu und von der Arbeitsstätte ereignen, in der Regel nicht als Betriebsunfälle anzusehen. Insbesondere sind die Gänge des Arbeiters von und zu seiner Arbeitsstätte nicht schon um deswillen Betriebsvorgänge, weil sie im weiteren Sinne die Arbeitsvorbereitung ermöglichen. Sie sind vielmehr Handlungen, die nur zu dem Zwecke erfolgen, um erst zu dem Betriebe zu gelangen und nach Beendigung desselben nach Hause zurückzuführen. Der Arbeiter, der sich zur Arbeitsstätte begibt, oder von dieser zurückkehrt, nimmt lediglich eine „eigen wirtschaftliche“ Tätigkeit vor, welche im Gegensatz zur Betriebsstätigkeit steht. Um dieser zugerechnet werden zu können, muß der Umstand hinzutreten, daß der Gang nach seiner zweifellosen und unmittelbaren Zweckbestimmung im Banne des versicherungspflichtigen Betriebes erfolgt.

Im Anschluß hieran sollen nun aus den bis jetzt erschienenen Berichten der Arbeiterssekretariate folgende Fälle dargelegt werden. Nach dem Offenbacher Bericht fuhr ein Pflasterer mit seinem Rad von der Arbeitsstelle nach dem Bahnhof Mühlhausen, um von dort aus mit der Bahn nach Hause zu fahren. Als er die Treppe des Bahnsteiges herunterging, knickte er ab und hatte sich den linken äußeren Fußknöchel gebrochen. „Betriebsunfall“ wurde in diesem Falle nicht anerkannt. Daß der Heimweg unter Benutzung der Eisenbahn zurückgelegt werden mußte und zu diesem Zwecke noch die Eisenbahn zu benutzen war, sei ohne Belang. Nach abgeschlossener Betriebsstätigkeit sei jeder Heimweg, mag er nun zu Fuß, zu Wagen oder unter Benutzung eines sonstigen Verkehrsmittels zurückgelegt werden, der Betriebsstätigkeit nicht mehr zuzurechnen. — Der Wiesfelder Bericht erwähnt einen Fall, bei dem ein Schlosser dadurch einen Unfall erlitt, daß er auf dem Wege zur Arbeit beim Einbiegen in das Fabriktor infolge Glatteis ausrutschte und zu Fall kam, wobei er sich einen Bruch des rechten Fußgelenks zuzog. Schiedsgericht sowie Reichsversicherungsamt sprachen diesem Verletzten eine Rente zu. Es war festzustellen, daß der niederkommende Körper, wenigstens zum Teil, auch auf Betriebsgelände aufgeschlagen ist. Wäre der Verletzte nun aber ein paar Schritte vorher gefallen, dann wäre er leer ausgegangen. Offenbar geht es bei Beratung der Reichsversicherungsordnung, die Unfälle auf Wegen ausnahmslos den Betriebsunfällen zuzurechnen.

In der Resolution zur Unfallversicherung wurde vom Gewerkschaftstongreß weiter noch die Forderung aufgestellt: „Gleich den Unfällen sind die Gewerbe- und klimatischen Krankheiten zu entschädigen.“ Ueber die Streitfrage: Unfall oder Berufskrankheit berichtet das Besonderen Sekretariat. Ein Arbeiter war in einer Holzhandlung drei Tage lang mit Tragen von Brettern beschäftigt. Gleich am ersten Tage hatte er sich auf der Schulter eine Verletzung zugezogen, woraus sich eine Blutvergiftung entwickelte, die eine lange Erwerbsunfähigkeit und später teilweise Erwerbsbeschränkung nach sich zog. Die Berufsgenossenschaft lehnte den Unterstützungsanspruch jedoch mit der Begründung ab, es liege kein Unfall vor, sondern eine Berufskrankheit, welche sich nach und nach entwickelt hätte, und für Krankheiten habe sie nicht aufzukommen. Da aber die Verletzung gleich am ersten Tage eingetreten und dieselbe sich durch fortwährende Reibung auf der Schulter noch verschlimmert hatte, wurde vom angerufenen Schiedsgericht das Vorliegen eines Betriebsunfalls angenommen und somit dem Kläger die Rente gewährt.

**Schlag als Betriebsunfall.** Nach dem Dresdner Bericht verstarb ein Arbeiter auf einem Bauplatz bei einer Hitze von 32 Grad. Der hinzugerufene Arzt stellte Schlag fest. Es wurde festgestellt, daß die Baugrube im Osten, Süden und Westen vollständig von der glühenden Sonne bestrahlt wurde. Die Nordseite bildete eine Mauer aus Ziegeln, ohne Mörteleinwurf. Diese Wand, in deren unmittelbarer Nähe der Verstorbenen gearbeitet hatte, strahlte die hier aufgekommene Hitze auf den Bauplatz zurück. Schläge werden nun aber von den Berufsgenossenschaften nicht ohne weiteres als Betriebsunfälle anerkannt. Auch im vorliegenden Falle erfolgte die Ablehnung der Rente an die Hinterbliebenen. Die Berufsgenossenschaft stützte sich auf die Gutachten ihres Vertrauensarztes, der u. a. folgendes ausführte: „Die Tagestemperatur sei keine sehr hohe gewesen, unsere Truppen in Südwestafrika haben zwischen 40 bis 50 Grad ertragen und sind dabei mit Gepäck 40 Tage marschiert. Betriebsunfall liegt nicht vor, es seien auch anderweitige Todesmöglichkeiten vorhanden und hier wahrscheinlich. Auf eingereichte Berufung forderte das Schiedsgericht noch ein Gutachten eines Profors ein. Derselbe trat dafür ein, daß der Tod mit größter Wahrscheinlichkeit mit Veränderungen in Zusammenhang gebracht werden müsse, die durch die ungünstigen äußeren, insbesondere Witterungsverhältnisse herbeigeführt oder in ihrer Entstehung begünstigt waren. Das Schiedsgericht sprach auf Grund dieses Gutachtens den Angehörigen die Rente zu. Der in dem anderen Gutachten angeführte, „sehr hinkende Vergleich“ mit der Hitze in Südwest-Afrika wurde vom Schiedsgericht absolut nicht beachtet.

**Tod infolge Betriebsunfalles oder Berufskrankheit?** Nach dem Lübecker Bericht hatten sechs Arbeiter auf einer Schiffswerft eine schwere Schiffschraube von etwa 6 bis 7 Zentner Gewicht — zu transportieren. Einem dieser Arbeiter fiel diese Arbeit sehr schwer, er hat die Schraube doch einmal niederzulegen, da er kaum noch tragen könne. Seine Mitarbeiter untersuchen über seinem Wunsche nicht, da sie befürchteten, die schwere Schraube nicht mehr aufheben zu können. Nach Beendigung des Transportes gingen die genannten sechs Arbeiter zur Entladung des Ballast auf einem anderen Schiffe über. Ehe sie aber diese Arbeit

anfingen, fiel plötzlich derjenige, der über die schwere Last geklagt hatte, rücklings nieder und war sofort tot. Der Arzt konstatierte Herzschlag infolge Erstickung und Verstopfung der Kranzschlagadern. Auch hier lehnte die Berufsgenossenschaft die Rente an die Angehörigen ab. Schiedsgericht sowie Reichsversicherungsamt bewilligten jedoch die Rente, da es nach ärztlichem Ermessen als erklärlich und durchaus wahrscheinlich erachtet werden müsse, daß die Verstopfung von Krümmeln von der erkrankten Herzwand und die Verstopfung der rechtsseitigen Kranzschlagader eine Folge der Muskelanstrengung beim Tragen der Schiffschraube gewesen sei.

Unter „Unfall beim Betriebe“ im Sinne des Unfallversicherungsgesetzes ist also ein mit dem Betriebe in Verbindung stehendes, zeitlich bestimmtes Ereignis zu verstehen, das in seinen, möglicherweise erst allmählich hervortretenden Folgen den Tod oder die Körperverletzung des Versicherten zur Folge hat. Aufgabe des Reichstages wird es bei Beratung der Reichsversicherungsordnung sein, dafür zu sorgen, daß auch die aus dem Betriebe selbst und dessen Einwirkungen sich allmählich entwickelnden gewerblichen Krankheiten den Betriebsunfällen zugerechnet werden.

## Der Panamakanal.

Die Geschichte der verschiedenen Kanalpläne für eine Verbindung des Stillen mit dem Atlantischen Ozean soll hier nicht näher behandelt werden. Man weiß, daß am Ende der 70er Jahre, unter Führung Lesseps, das Panamaprojekt alle andern in den Hintergrund drängte, daß der Bau des französischen Panamakanals 1882 in Angriff genommen wurde und daß dieses Unternehmen 1888 in jenen Kiesenkrach auslief, der den Namen Panama mit einem eigentümlichen Beigeschmack und einem unstillbaren Mangel behaftet hat. — In den 90er Jahren gingen dann die Vereinigten Staaten daran, das Unternehmen, an dem die französische Gesellschaft verblüht war, fortzuführen. Zwar war die Unionsregierung England gegenüber durch den Clayton-Bulwer-Vertrag von 1850 gebunden, wonach keiner von beiden Staaten einen Kanal durch den mittelamerikanischen Isthmus als staatliches Unternehmen in Angriff nehmen durfte; aber durch den neuen Hay-Pauncefote-Vertrag vom 18. November 1901 erlangte die amerikanische Regierung die Aufhebung des älteren Vertrags. 1902 wurde durch die Spooner-Bill die Herstellung des Panamakanals auf Staatskosten zum Gesetz erhoben, 1903 bewirkte der amerikanische Einfluß hinter den Kulissen die Vorsehung Panamas, von Kolumbien auf revolutionärem Wege und die Schaffung der „selbständigen“ Republik Panama, am 23. April 1904 kaufte die Unionsregierung den Lessepschen Kanal für 40 Mill. Dollar an, und am 4. Mai 1904 übernahm sie den Kanal, nachdem einige Wochen zuvor durch Vertrag mit der neuen Republik Panama der künftige Kanal nebst einem je 10 Meilen breiten Landstreifen auf seinen beiden Ufern territoriales Eigentum der Vereinigten Staaten geworden war.

Die französische Gesellschaft hatte die Schaffung eines Niveaufkanals geplant, der 73 Kilometer lang und 8 1/2 Meter tief sein sollte, bei 40 Meter Spiegel und 22 Meter Sohlenbreite. 1887, als die Ausgaben für den Kanal schon eine beängstigende Höhe erreicht hatten, war man dann zum billigeren Seifenkanal übergegangen, doch der Zusammenbruch der Gesellschaft ließ die Arbeiten nicht viel weiter gehen. — Die Amerikaner entschieden sich, nach langem Hin und Her, für einen Seifenkanal, und als solcher wird er denn nun auch tatsächlich gebaut, wobei Oberst Goethals die Leitung des Baues in Händen hat.

Der Kanal beginnt bei Colon und läuft zunächst durch die Simon-Bucht nach Mindi. Hier beginnt der erste Durchbruch nach Gatun; es schließt sich ein großes, 22 englische Meilen langes Stauwehr an, dessen Ende bei Obispo liegt. Dann folgt der zweite Durchbruch, der sogenannte „Culebra-Einschnitt“. Dieser 10 Meilen lange Durchbruch geht über die Wasserscheide hinweg und endet in Paraiso, wo ein zweites kleineres, bis La Boca reichendes Stauwehr beginnt. Der Kanal endet schließlich in der Bai von Panama bei der Insel Perico. — Bis Gatun liegt der Kanal im Meeresniveau. Dann wird er durch eine dreistufige Doppelschleufe um volle 26 1/2 Meter gehoben; der höchste Hub beträgt dabei 10 Meter, 1 1/2 Meter mehr als irgendein anderer auf der Erde existierender. Auf der Pazifischen Seite befinden sich hingegen zwei Schleufen, erstens die sogenannte Pedro Miguel-Schleufe bei Paraiso, die den Wasserspiegel wieder um 17 1/2 Meter sinken läßt, und außerdem die Soja-Schleufe bei La Boca, die den Ausgleich mit dem Meeresniveau des Stillen Ozeans bewirkt. Die letztere Schleufe freilich wird möglichenfalls nicht gebaut werden, weil das Kriegsministerium Bedenken geäußert hat, sie könne von feindlichen Kriegsschiffen durch Beschießen von der See her zerstört werden. Statt dessen soll der Kanal, zur Verminderung der Gezeitenströmungen, bassinartig bis Miraflores auf 150 Meter erweitert werden.

Besondere Schwierigkeiten machen dem Kanal die alljährlichen kolossalen Ueberschwemmungen des Chagres-Flusses. Jährenlang ist im Oberlauf des Flusses ein Regulierungsbau angelegt worden, der 700 Millionen Kubikmeter Wasser aufzusammeln vermag, um sie dann allmählich wieder abzugeben. Die wichtigste Wasserhaltung aber stellt der riesige Stausee bei Gatun dar, der volle 1400 Millionen Kubikmeter Wasser aufnimmt und das für die Durchschleusen der einzelnen Schiffe erforderliche Wasser liefern soll. Man rechnet, daß nicht weniger als 600 000 Kubikmeter Wasser für jede einzelne Durchschleufung erforderlich sein werden. Der große Gatun-Stausee, dessen Herstellung auch eine Verlegung der alten Panamabahn erforderlich gemacht hat, wird durch einen gewaltigen, 31 Meter hohen Abschlußdamm einen höchsten Stauungsspiegel von 25 Meter erhalten. Der Abschlußdamm selbst wird nach Goethals Plänen aus Baggergut aufgeführt.

Technisch am schwierigsten ist der große Culebra-Einschnitt, an dem auch die Lessepsche Gesellschaft hauptsächlich gescheitert ist. Hier muß der Kanal durch vulkanisches, sehr hartes Gestein geführt werden, und ungeheure Massen von Material mußten hier entfernt werden.

Es ist nicht möglich, im kurzen Rahmen dieses Aufsatzes auf die vielfach hochinteressanten technischen Einzelheiten des Kanalbaues einzugehen oder auf die ungeheuren, mit riesenhaften Kosten verknüpften erfolgreichen Bemühungen der Amerikaner, die Gesundheitsverhältnisse auf dem wegen seines mörderischen Klimas außerordentlich berüchtigten Isthmus von Panama zu verbessern. Es sei nur noch erwähnt, daß der Kanal in seiner endgültigen Ausführung eine Tiefe von 10 Meter im Süßwasser, eine solche von 9,7 Meter im Salzwasser erhalten wird. Die Breite wird am Wasserspiegel 67 Meter, an der Sohle 45 1/2 Meter betragen. Seitdem Oberst Goethals im März 1907 die Leitung der Arbeiten übernommen hat, sind die Leistungen bedeutend gesteigert worden; es werden jetzt täglich etwa 120 000 Kubikmeter Erdmasse bewältigt. Ursprünglich verbande man zuerst Negere als Arbeiter, später Japaner und neuerdings vorwiegend Spanier und Italiener. Die Zahl der Arbeiter schwankt um 30 000. Wenn keine unvorhergesehenen Hindernisse eintreten, darf man nach der Schätzung des Bauleitenden, mit einer Fertigstellung des Kanals etwa im Frühjahr 1915 rechnen. Der an den Pazifischen Ozean angrenzende Teil des Kanals ist bereits im wesentlichen fertig und wurde zu Anfang August 1909 in Gegenwart des Präsidenten Taft feierlich eingeweiht.

Die wirtschaftlichen Aussichten des fertigen Kanals werden freilich viel zu wünschen übrig lassen, und man darf nicht hoffen, daß der Panamakanal je dem Seehandel an Wichtigkeit gleichkommen wird. Jahrhundertlang hindurch hätte ein durch den mittelamerikanischen Isthmus hindurchlaufender Kanal eine unabsehbar große Bedeutung für das Handels- und Verkehrsleben haben können — jetzt ist die beste Zeit seines Wirkens vorüber!

Die großen Ueberlandeseisenbahnen, die in Nordamerika, in Mexiko, bald auch in anderen Ländern Mittel- und vor allem Südamerikas die Küsten der Ozeane miteinander verbinden, werden dem Kanal eine äußerst fühlbare Konkurrenz machen, denn Post- und Passagierverkehr sind ihm von vornherein so gut wie verloren, und auch der Frachtgüterverkehr wird, bei Benutzung des Kanals, nur in einigen Fällen noch wesentliche Vorteile zu verzeichnen haben. Daß der Kanal endlich einmal fertiggestellt werden wird, ist wohl unzweifelhaft, aber selbst amerikanische Autoritäten sprechen sich über die wirtschaftliche Seite des Unternehmens vielfach ungemein pessimistisch aus. Und ebenso wird der strategische Wert des Kanals, den die Amerikaner bereits besonders in den Vordergrund rückten, von sachverständigen amerikanischen Militärs als ganz gering bezeichnet und zum Teil gänzlich geleugnet.

## Korrespondenzen.

**Rönnigkutter.** Am Sonnabend, den 9. Juli, tagte im Gasthof des Herrn Chr. Warmboldt eine gutbesuchte Steinarbeiterversammlung, zu welcher auch unser Gauleiter P. Wiegig erschienen war. Es wurde unter Punkt 1 der Tagesordnung vom Kassierer Kollegen R. Brecht die Abrechnung des 2. Quartals verlesen. Es ergab sich eine Einnahme von 487,00 Mark, die Ausgabe betrug 377,99 Mark. Die Kassieratoren erklärten, daß sämtliche Bücher und Belege in tabellarischer Ordnung vorgefunden wurden. Es wurde alsdann dem Kassierer Entlastung erteilt. Nunmehr entpinn sich eine lebhafteste Debatte über die Kontrolle der Wage, da es bis jetzt noch nicht möglich war, eine energische Kontrolle durchzuführen. Die Kollegen werden nicht locker lassen, bis auch hier Ordnung geschaffen ist. Die Wage muß besser kontrolliert werden; nach den früheren Vorkommnissen ist unser Mißtrauen berechtigt.

**Löbau.** Am Sonntag, den 3. Juli, fand in Dörings Gasthof in Beiersdorf eine Steinarbeiterversammlung für Löbau und Oppach statt. Zum 1. Punkt der Tagesordnung gab die Verwaltung einen ausführlichen Bericht über den beendeten Streik bei der Firma Kumpf. Die Ausgaben betrugen 6883,75 Mark, wovon 4797,35 Mark für Unterstützung von der Zentralkasse gezahlt wurden. Die Extrastener, die von den andern Betrieben und Zahlstellen einging, betrug 473,65 Mark; mithin entstand für die Lokalkasse eine Extraausgabe von 1412,75 Mark. Zum 2. Punkt der Tagesordnung: Einen Lokalausschlag pro Mitglied von wöchentlich 5 Pfg. zu erheben, wurde auf Grund der schwach besuchten Versammlung eine Abstimmung nicht beliebt. Eine Urabstimmung soll entscheiden. Daß diese Einrichtung dem Wohle der gesamten Mitgliedschaft dient, wird hoffentlich jedem organisierten Kollegen einleuchten. Am Schluß wurde noch die Interessiertheit verschiedener Kollegen kritisiert, welche es vorziehen, lieber einem Klimbimvergnügen nachzugehen, als zu uns in die Versammlungen zu kommen. Der Steinhilfer C. Henschke aus Löbau und der Seimmes Richard Jahr aus Taubenheim wurde aus dem Steinarbeiterverbande ausgeschlossen. Grund: Streikbruch.

**Marktleuthen.** Am Sonntag, den 2. Juli, fand im Gasthof zum Deutschen Reich unsere Generalversammlung statt, welche gut besucht war. Zum ersten Punkt gab der Kassierer die Abrechnung vom zweiten Quartal. Selbige wurde für richtig befunden. Zum zweiten Punkt gab Kollege Hoffmann einen ausführlichen Bericht vom Verbandstag. (Sebhafter Beifall.) Nur über das alte Konto Purzker konnten die Kollegen noch keine richtige Klarheit finden. Selbiges beweist der Bericht Hoffmanns und die schriftliche Mitteilung von Wäther. Weiter wurde die Bezirksleiterfrage auch recht lebhaft besprochen. Die Kollegen sahen auch ein, daß ein Bezirksleiter in unserm Fichtelgebirge sehr notwendig ist, indem sich doch selber allen Tarifangelegenheiten, Maßregelungen usw. anzunehmen hätte. Eine Abstimmung wurde einstweilen unterlassen. Weiter stellte der Vorsitzende den Antrag, daß sich endlich einmal die Zahlstelle Marktleuthen und Kaiserhammer verschmelzen möchten, schon im Interesse der arbeitenden Kollegen in Wendenhammer sowie wegen der Verschmelzungsfrage des Fichtelgebirges im allgemeinen. Weiter wurde beschlossen, da die Zahlstelle mit Kartell-, Sekretariat-, Gauleiter- und Reisevergütung behaftet ist, nicht mehr die einzelnen Einsammlungen ergehen zu lassen, sondern einen Lokalausschlag von 5 Pfg. pro Woche zu erheben; dieser Antrag wurde mit überaus großer Mehrheit angenommen. Zum Schluß erwähnte der Vorsitzende die Kollegen, die alten Statistiken einzuliefern und die neu herausgegebenen recht pünktlich und wahrheitsgetreu auszufüllen sowie auch, daß zum Verbandstag eine neue Beitragsregulierung vorgenommen wurde, wozu eine schnelle Abrechnung notwendig ist und die alten Marken unbedingt einzulösen sind. Die Restanten wurden deshalb aufgefordert, ihrer Pflicht nachzukommen, andernfalls Ausschluß oder Veröffentlichung im Fachblatt erfolgen müßte.

## Rundschau.

**Die Zärtlichen.** Im „Keramarbeiterblättchen“ entrieffen sich die Schwarzen über unsere Kollegen in Dortmund. In einer Versammlung machten kürzlich dort unsere Kollegen dafür Pro-paganda, daß die Frauen dem Verbaude zugeführt werden sollen. Ein Redner drückte sich etwas ungenau aus und meinte, die „Frauenzimmer“ müssen organisiert werden. Vielleicht hat er diesen unschicklichen Ausdruck von einem streitbaren — Zentrumsparter gehört. — Aber warum die Entrieffung in Köln? Ist denn der Fall Korr schon vergessen? Korr war Vorstandsmitglied des Christlichen Steinarbeiterverbandes, und in seiner Eigenschaft als christlicher Agitator hatte er geschlechtlichen Umgang mit der Frau eines Verbandskollegen. Also die „Keramikerin“ entriefft sich über einen etwas volkstümlichen Ausdruck, den ein „Koter“ gebrauchte, über die Ehebruchgeschichte des Sittlichkeitsapostels Korr hatten die Schwarzen keinen Entrüstungsrummel übrig.

**Neue Wirtshaft.** Der Solnhofener Aktienverein zur Ausbeutung der Stibographiesteinlager in der dortigen Gegend hat kürzlich in seiner Generalversammlung seinem bisherigen Vorstand, Kommerzienrat Hermann Weimann, die Entlastung verweigert und gegen ihn Entschädigungsfrage angehängt. Der bisherige Vorstand betrieb keine überflüssige Geschäftsführung. Dagegen verstand er, die Arbeiter zu brutalisieren. Die vorjährige dreimonatige Aussperrung der Arbeiter ist auch auf ihn zurückzuführen. Um hohe Dividende verteilen zu können, wurde z. B. das Warenlager mit 427 000 Mk. bewertet, während es tatsächlich nur einen Wert von 170 000 Mk. haben soll. Es ist Dividende in Höhe von 600 000 Mk. zur Ausschüttung gekommen, die nicht verdient waren. Die Generalversammlung beschloß, zur Sanierung der Aktiengesellschaft 5 Aktien in 4 zusammenzulegen und 100 000 Mk. neue Aktien zu je 1000 Mk. auszugeben. Herr Weimann ist auch Vorsitzender des Steinbruchs-Berufsgenossenschaft, wahrscheinlich wird er diesen Posten niederlegen müssen. Wir müssen aber schon fragen, wie konnte denn dem Aufsichtsrat entgehen, daß die Geschäftsführung so eigenartige Manipulationen vornehmen konnte?

**Die alte Methode.** Im Strehlener Granitwerk sind kürzlich bei der Firma Schall die Schmiede in den Streik getreten. Die Firma ließ zuerst die Schmiede mit schönen Worten abspenken, auf diese aber verzichtete die letzteren und traten in den Streik. Nun sollten Steinarbeiter entlassen werden. Auch diese keine Diplomatie zog nicht. Herr Schall operierte nur selbst mit seiner Berebtheit und sein Sohn stand ihm zur Seite. Er versprach Zulagen, wenn die Arbeit wieder aufgenommen sei. Dieses geschah, aber nun sind die Zulagen so unbedeutend, daß die Schmiede mit Recht darüber entriefft sind. Schall wird mit seiner Methode fernerhin bei den Arbeitern schwer Anklang finden.

**Die frommen Berräter.** Auf der Wilhelmshütte in Oberpfälzen, die dem bekannten Generaldirektor Uthemann untersteht, ist bekanntlich ein Streik polnisch-nationalistischer, also katholisch-frommer Arbeiter ausgebrochen. Auch gegenüber diesen Glaubensgenossen bewahren die katholischen Facharbeiter ihre alte Berrätertatkraft und lassen von Herrn Bull folgendes erbärmliche Traktatlein verteilen:

„Der Verband der katholischen Arbeitervereine (Sitz Berlin) und seine Vereine sind an dem Streik nicht aktiv beteiligt. Wir haben unsere Mitglieder sogar rechtzeitig gewarnt, da wir gemäß unserm Programm bei solchen Differenzen mit den Arbeitgebern nicht zu der bösen Maschinerie des Streiksystems greifen, sondern durch friedliche Verständigung unter Beibringung von Tatsachenmaterial für eine Besserung der Existenz der Arbeiter eintreten. Wir tun dies schon aus Klugheitsrücksichten und aus Liebe zu unseren Arbeitern, da ja bekanntlich, wie Tatsachen klar beweisen, durch das Streiksystem der Arbeiter nicht nur meistens nichts erreicht, sondern vielfacher noch mehr zur Ohnmacht verurteilt wird. Das Existenzrecht des Arbeiters ebenso gut wie das Eigentumsrecht des Arbeitgebers sind unveräußerliche natürliche Rechte, deren Regelung nicht im Machtkampf der beiderseitigen Parteien, sondern nach den Grundsätzen von Gerechtigkeit und Liebe und nach den Weisungen unseres Programms erfolgen muß.“

Mit „Gerechtigkeit und Liebe“ schmeißt der Kapitalist die Arbeiter auf die Straße, drückt ihren Lohn und hodelt sie und die frommen Buller singen darauf ein Kirchenlied und duden sich. Ja, sie fallen sogar denen in den Rücken, die eine solche Schafsnatur nicht haben.

**Noble Firma.** Die Basaltfirma (Bayrische Hartstein-Industrie), Sitz Würzburg, fordert von ihren Arbeitern unterschäftlich den Austritt aus der Organisation und entläßt jeden Arbeiter, der diesem Verlangen nicht nachkommt. Die Firma liefert vornehmlich ihre Produkte, wie Steingruß, Kleinschlag-Schotter, Packlage, Klein- und Groß-Pflastersteine, außer an die Eisenbahnverwaltungen, an die Kommunen und Gemeinden. Die Vertreter der Arbeiter, wie Gemeindebevollmächtigte, Stadtverordnete usw. werden ersucht, bei Vergebung von Arbeiten das Verhalten der Firma ihren Arbeitern gegenüber in Betracht zu ziehen.

Dieser Firma muß das Handwerk gründlichst gelegt werden, daß sie sich in Zukunft nicht mehr am Koalitionsrecht der Steinarbeiter vergreift. — In den letzten Jahren hat die Firma zwischen 10 und 14 Prozent Dividende verteilt, also glänzende Geschäfte gemacht, allerdings Bestrebungen der Arbeiter schärfstens unterdrückt. Hoffentlich wird dieses Gebaren auch im bayrischen Landtage richtig gewürdigt, denn die Firma liefert auch für den Staat.

**Sattig.** Die Eisenbahnabteilung Posen hatte kürzlich die Granitarbeiten zu einem größeren Schuppenbau zu vergeben. Es forderten:

Granitwerke Steinerne Kanne, Bernigerode 12 002.70 Mk.  
Dohmel & Veder, Jauer 5 508.06 „

Die Differenz beträgt somit 6 493.74 Mk. — Die Eisenbahnbetriebsinspektion Plesgen vergab 30 000 Tonnen Basaltsteinschlag. Es forderten pro Tonne:

Brüggemann, Görlitz . . . . . 2.20 Mk.  
Seifert, Seifenau . . . . . 2.80 „  
Graf zu Lippe, See bei Riestz . . . . . 3.15 „

Das ergibt pro Tonne zwischen dem ersten und dritten Angebot eine Differenz von 95 Pfg. Bei der ganzen Lieferung beträgt sie aber gar 28 500 Mk. — Es ist Zeit, daß wir mit unserem Verbande mehr in die Basaltgebiete eindringen, denn in dieser Industrie steht die Schmutzkonzurrenz noch hoch im Kurse.

**Submissionen.** In den nächsten Tagen werden folgende Steinlieferungen vergeben: Hochheim a. M.: Steinmearbeiten zum Gerichtsneubau; Schwerin: 1000 Quadratmeter Pflastersteine; Sulach: Steinmearbeiten für das Schulhaus; Hamburg: 900 Quadratmeter Kleinschlagsteine; Frankfurt a. O.: 6000 Quadratmeter Pflastersteine; Durlach: 635 Quadratmeter Pflastersteine; Manderstheim 680 Kubikmeter Basaltsteinschlag; Kiedrichhausen: Steinmearbeiten für einen Lokomotivschuppen; Niederbarnim: 5400 Quadratmeter Pflastersteine; Jüterbog: Steinmearbeiten für das neue Proviantamt; Sera: 2400 Kubikmeter Steinschlag für die Eisenbahnverwaltung; Duisburg: 100 Kubikmeter Steinmearbeiten für den Hernekanal; Friedberg (Hessen): Steinmearbeiten für die Blindenanstalt. — Die Ausschreibungen sind bis 28. Juli, somit recht knapp.

Die Basaltlavaindustrie in Mayen hat große Bedeutung. Im dortigen Kreise sind beschäftigt 3428 Arbeiter, welche in 375 Steingruben tätig waren. Die geförderte Steinmenge hat einen Wert von 2 433 962 Mk. In der Luffstein- und Trachsteinindustrie waren ebenfalls 1002 Arbeiter beschäftigt. Der Kreis Mayen ist, wie die Zahlen zeigen, von einer starken Steinindustrie durchsetzt.

Die Steinbrüche sollen nunmehr in Bayern einer schärferen Kontrolle unterzogen werden, so besteht es der zuständige Minister. — In ländlichen Bezirken sollen ebenfalls Gewerbergerichte errichtet werden, wenn die Distriktsgemeinden die Kosten nicht aufbringen können, so will der Staat Zuschüsse gewähren. Im Bayrischen Walde, im Fichtelgebirge, im Muschelkalkgebiet, da könnte man ruhig ländliche Gewerbergerichte einrichten. Hoffentlich rühren sich unsere Kollegen in diesem Sinne.

**Vorsicht.** Im badischen Schwarzwald sind ebenfalls italienische Maurer und Steinhauer beschäftigt. Ein gewisser Peter Pavesio, wohnhaft in Marau (Schweiz), war im Badischen vielfach als Referent tätig. Nun ist Pavesio zu den schweizerischen Separatisten, also zu den Gegnern, übergetreten. Mit seiner agitatorischen Tätigkeit unter den italienischen Gewerkschaftsmitgliedern in Deutschland hat nun der Betreffende ausgespielt.

Ein unverantwortlicher Leichtsin, der die schwersten Folgen nach sich zog, beschäftigte kürzlich die Strafkammer in Mosbach (Waden). Angeklagt war der Ingenieur Joseph Brand von Auerbach, der Bauführer Franz Sparrer von Großaltforstbach und der Schachtmeister Heinrich Büttner von Waldschaff. Sie hatten sich wegen fahrlässiger Tötung, Körperverletzung und Vergehens gegen das Sprengstoffgesetz zu verantworten. Am 14. März d. J. fand beim Bahnbau Waldschaff-Hardheim eine furchtbare Sprengstoffexplosion statt, bei welcher der 15 Jahre alte Erdarbeiter Hod tödlich, sein Bruder Rudolf und sein 52jähriger Vater, sowie die beiden Schmiede Dick und Steinmaffel und der Erdarbeiter Engels schwer verletzt wurden. Das Unglück geschah deshalb, weil die Angeklagten das zum Bahnbau erforderliche Sprengpulver in einer nicht einmal verschließbaren Kiste, die in der Bauwerkstätte stand, aufbewahrten, anstatt in dem sicheren Pulvermagazin. Ein vom Amboß springender Funke slog in die gerade offen dastehende Pulverkiste und eine Explosion erfolgte, welche die Bauhütte in die Luft sprengte und die genannten Arbeiter so schwer verletzte. In der Verhandlung suchten die Angeklagten die Schuld gegenseitig abzuwälzen. Das Gericht erkannte gegen Brand auf 2 Monate, gegen Sparrer auf 4 Monate und gegen Büttner auf 3 Monate Gefängnis. Auf die Strafe des Sparrer werden 7 Wochen, auf die des Büttner 4 Wochen der Untersuchungshaft angerechnet.

Die Strafe für die Angeklagten ist noch sehr milde ausgefallen. Wir sehen hiermit wieder, wie die „verantwortungsvollen“ (!) Personen mit dem Leben und der Gesundheit der Arbeiter umspringen.

**Kollegen! Agitiert für Eure Organisation!**

**Heimatlos.** In der Welt hinaus, hab' weder Eltern noch ein Vaterhaus. Ich steh' allein auf dieser weiten Welt, und planlos wand're ich, wohin mir's grad gefällt. So treibt das Schicksal mich von Ort zu Ort, heut bin ich hier, und morgen wieder dort. Doch hält einmal die Arbeit länger an, und fühl ich mich im Orte heimlich dann, da wird mir's wohl, dann ruh' ich gern mich aus, unendlich süß klingt doch das Wort „zu Haus“.  
Jenny Horn.

**Apophorismen.**  
Wenn sie dich schmähen und wenn sie dich schalten,  
Widersteh nicht mit hitzigem Blut,  
Schweig und schaffe, was schön und gut,  
So wirst du zuletzt doch recht behalten.  
Geibel.

**Briefkasten.**  
Verlebed. Sende den Schriftsah, der in der Unfallsache mit Deiner Frau gepflogen wurde, an das Arbeitersekretariat Hildesheim. Auf die paar Zeilen im Briefe kann keine weitere Anweisung gegeben werden.  
M. Darüber ist in der Nr. 27 das Genügende nachzulesen. Sollen wir einen Diakon senden, der Dir die Stellen vorliest? Besten Gruß!  
R. Der Deutsche Bauarbeitgeberbund hat 20 930 Mitglieder. Bei diesen sind etwa 290 000 Arbeiter beschäftigt.

**Quittung.**  
Eingegangene Gelder vom 4. bis mit 9. Juli 1910.  
(Die vor den Zahlen stehenden Buchstaben bedeuten: B. = Beitragsmarken, E. = Eintrittsmarken, K. = Kranken- und Erwerbslosenmarken, M. = Material, Ab. = Abonnement, Ins. = Inserate.)

- Delsnitz, B. 8.— Saalburg, B. 27.15. Wittingen, B. 12.20.
- Uelzen, B. 11.10. Prenzlau, B. 6.65. Burgstädt, B. 5.45. Sebendorfer Mühle, B. 5.— Mejeritz, B. 4.50. Emden, B. 4.45. Achim, B. 3.50. Ortrand, B. 3.30. Senftenberg, B. 2.75. Zöblich, B. 80.04.
- E. 7.50, M. 5.80. Ströbel, B. 208.10, E. 11.50, K. 39.40, Div. 50.— Seuffen, B. 672.— K. 6.60. Nieja, B. 36.80, E. 0.25, K. 0.40. Pöjen, B. 161.— M. 2.50. Nördlingen, B. 9.20, E. 3.50, K. 0.80. Marttleuthen, B. 181.44, E. 3.— K. 3.90. Lutter, B. 189.05, E. 2.25, K. 6.75, M. 2.50. Königslutter, B. 128.50. Herford, B. 43.70, K. 1.65. Grimma, B. 210.— Gohmannsdorf, B. 147.20, E. 3.50, K. 0.90. Gelsenkirchen, B. 20.70, K. 0.30. Sechenbach, B. 155.40, E. 11.— K. 20.10. Graßlshiem, B. 57.95, K. 11.50. Bürgstadt, B. 178.08, E. 8.50, K. 8.60. Deuthen, B. 16.10, E. 1.50, K. 1.15. Neucha, B. 600.— Klitzberg, K. 3.75. Neuenstein, B. 84.— Oberdorla, B. 176.32, E. 2.— K. 2.50. Oberpeilau, B. 8.40, K. 0.60. Müders, B. 126.06, E. 1.25, K. 5.40. Sparnek, B. 76.86, E. 1.— K. 2.80. Schmalkalden, B. 147.20, K. 1.30. Striegau, B. 4707.36, E. 28.25, K. 87.— Strehlen, B. 60.80, E. 13.50, K. 8.20. Copitz, Div. 232.40. Hinterhain, K. 1.40. Barel, B. 7.30. Riegnitz, B. 18.40, K. 0.10. Reichenbach, B. 3.30. Zerbst, B. 5.50. Eisfeld, B. 11.70. Stolzenau, B. 6.35. Dittelsdorf, B. 18.30. Reustadt (Holtz), B. 7.15. Loburg, B. 5.05. Döbeln, B. 8.80, K. 2.10. Minden, B. 46.75, K. 0.90. Weihenfeld, B. 7.15. Scheuditz, B. 3.15. Fuhum, B. 2.20. Sommeren, (?) 1.10. Triberg, B. 84.64, K. 7.50. Seuffen, B. 103.75, K. 1.25, M. 0.75. Ruhmannsfelden, B. 42.— Plagwitz-Löwenberg, B. 32.80, K. 14.70. Münster, B. 59.80, K. 0.20. Rößau, B. 506.— Karlsruhe, B. 92.46, K. 1.25. Hochkätten, B. 16.66, E. 24.50. Gotha, B. 16.10, E. 1.— K. 0.20. Gelsenkirchen, B. 50.60, E. 1.— K. 1.80, M. 0.20. Dortmund, B. 218.50, E. 5.25, K. 1.— Bülow, B. 75.90, K. 0.50. Blantenburg, B. 32.90, E. 4.— K. 3.50. Aunkirchen, B. 95.— K. 5.— Demitz, B. 504.— Münster, B. 284.20, K. 6.— Falkenstein, B. 1.75. Fürstenberg, B. 4.50. Eisenhammer, B. 8.80, M. 0.20. Straußberg, B. 12.70. Hengerswerda, B. 11.50. Arnstadt, B. 10.45. Scheuditz, B. 4.50. Verburg, B. 8.80. Biffelhövede, B. 3.10. Berlin, B. 2323.— K. 23.75. Bede, B. 41.80, K. 0.20. Brandenburg, B. 85.80. Neucha, B. 95.69. Graßlshiem, B. 10.50. Dortmund, B. 29.90, K. 0.10. Göttingen, K. 14.— Königsberg, B. 69.— K. 0.50. Kirchberg, B. 29.40, K. 0.60. Kaiserhammer, B. 170.— E. 0.50, K. 2.30. Karlsruhe, B. 43.70, E. 0.50, K. 1.55. Kronach, B. 19.— K. 0.30. Reichen II, B. 147.— E. 4.— K. 6.35. Seebach, B. 18.40, E. 1.— K. 0.10. Stuttgart, B. 42.— K. 6.50. Weichselburg, B. 79.80, K. 20.95. Worms, B. 33.12, E. 4.50. Ludwig Geist, Kassierer.

**Allgemeine Bekanntmachungen.**

**Leipzig.** Ein gerissener Schwindler ist der 19 Jahre alte Steinmetz Anton Döhler aus Hof (Bayern). Döhler gab vor etwa 14 Tagen in Kiel gegenüber dem dortigen Vorsitzenden Lehmann an, er hätte sein Buch verloren. In Wirklichkeit hatte D. das Buch nebst Reisetarte dem Kieler Gewerkschaftshauswirt verpfändet; unserem Lokalvorsitzenden lag er vor, seine Legitimationspapiere seien ihm verloren gegangen. — Kollege Lehmann bescheinigte D. den Verlust der Papiere. Nun kam am 8. Juli der gerissene Junge ins Zentralbureau und erschwand sich ein neues Mitgliedsbuch nebst Reisetarte. Als dem Döhler die Papiere bereits ausgehändigt waren, kam von Kiel die Nachricht, daß sein Buch dort verpfändet sei. Die Vertrauensleute haben den D. ungerichtlich die Verbandspapiere abzunehmen und nach Leipzig zu senden. Ebenfalls ist der Genannte aus dem Verbandsausgesehlossen. Dieses Vorkommnis zeigt wiederum, wie vorsichtig wir sein müssen, wenn die Kollegen vorgeben, sie hätten die Bücher verloren. In 90 Prozent sind die Angaben schwindelhaft.  
Der Zentralvorstand.

**Demitz-Thumitz.** Die organisierten Kollegen von Neukirch werden ersucht, sich Sonntag, den 17. Juli, nachmittags 3 Uhr, im Gasthof zur deutschen Eiche in Nieder-Neukirch zahlreich einzufinden, zwecks einer wichtigen Besprechung. R. Pursche.

**Lübeck.** Die Reiseunterstützung zahlt Johann Mohr, Hundestraße 101, aus.

**Einbed.** Der Steinmetz Karl Sikora soll sofort seine Adresse einsenden. Die Ortsverwaltung.

**Mannheim.** Die Vorsitzenden der Zahlstellen werden gebeten, mir die Adresse des Kollegen Jakob Zepp (Verb.-Nr. 18877) übermitteln zu wollen. Es handelt sich um eine Zeugenvernehmung. Franz Sarfert, Rheinhäuserstraße 114, II.

**Neue Zahlstelle.**  
Hochkätten (S. Gau). Vorf.: Joseph Schmidt. Raff.: Friedr. Rädigh.

**Adressen-Händerungen.**  
Rühlhausen (Eis.). Vorf.: Karl Scheuer, Kolmarer Str. 32. Offenbach a. M. Wegen Krankheit des 1. Vorsitzenden sind in Zukunft alle schriftlichen Angelegenheiten mit dem Kollegen Jakob Pennerig, Kurfürstenstraße 13, zu erledigen.  
Dreslau. Vorf.: Gustav Jonas, Brunnenstraße 22, IV.  
Kleinrindersfeld. Vorf.: Franz Wallrapp.  
Wiesbaden. Vorf.: Heinrich Emerich, Kellerstr. 15, Stßs.  
Burgen. Vorf.: Philipp Pfeiffer, Nordstraße 5.  
Tröstau. Vorf.: Heinr. Paufsch.

**Anzeigen**

**Berlin.**

Donnerstag, den 21. Juli, abends 8 Uhr

**Kombinierte Versammlung**  
im Gewerkschaftshause, Engelufer 15.

Tagesordnung:  
1. Abrechnung vom zweiten Quartal.  
2. Bericht der Kommission zur Ausarbeitung einer Vorlage betreffend örtliche Arbeitslosenunterstützung.  
3. Verschiedenes.

Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert das Erscheinen sämtlicher Kollegen. Wer seine Statistik noch nicht abgegeben hat, wird ersucht, dieselbe zur Versammlung mitzubringen. Später einlaufende Statistiken können nicht mehr berücksichtigt werden.  
Die Ortsverwaltung.

**Tausende** danken ihr gedieg. Fachwissen u. können den Selbstunterrichtswerken Syst. Karnack-Hachfeld: Fachschulen für **Steinmetz-, Strassenbau-, techn., Poliere, Bautechnik.** Glänzende Erfolge. Dankschreiben, Ansichtssendungen. Kleine Teilzahlungen.  
**Bonness & Hachfeld, Potsdam-W.18.**

**Heinrich Tauch**  
Spitzkunnersdorf (Sachsen)  
empfiehlt den Steinarbeitern seine bewährten **Double-Leder-Hosen** in weiß, Silbergrau und braun, nur Prima-Ware, jede Hose 5 Mk. frei ins Haus. Angabe von Schrittlänge und Bundweite genügt für guten Sitz. — Eigene Fabrikation. — Muster franko. — Lobende Anerkennungen.

**Hobelstahl, Steinmetz-Bleistifte**  
**Steinmetz-Besen, Knüppel, Blutsteine**  
**Werkzeuge und Werkzeugstahl**  
empfiehlt zu billigen Preisen  
**Max Muster, Eisenhandlung**  
Chemnitz i. Sa., Bernsdorfer Straße 32.  
Preisliste gratis und franko.

**Federnde**  
**Steinschlaghammer**  
D. R.-G.-M.  
**Praktische Neuheit!**  
Preis 5.50 Mk.  
Versand unter Nachnahme.  
**Albert Baumann, Aue (Erzgh.)**  
Werkzeugfabrik.

**Schürzen**  
Hausmacherleinen, 100 u. 115 cm breit, Schürzenstoffe in allen Breiten, Jacketts, Leder- und Wadstoffs-Hosen in eigener Anfertigung empfiehlt preiswert  
**Emil Keidel** Spezial-Geschäft in Berufskleidung  
Eigene Anfertigung.  
Hamburg 6, jetzt Bartelsstrasse 93.

**Mehrere tüchtige Steinhauer**  
zum sofortigen Antritt bei dauernder Beschäftigung gesucht. Odenwälder Steinhauer werden bevorzugt.  
**Syenit- und Granitwerke Gross-Bieberan**  
Odenwald.

Für unsere Marmor Schleiferei suchen wir einen  
**tüchtigen Polier**  
welcher an selbständiges Arbeiten gewöhnt ist. Eintritt sofort. Offerten unter „Polier“ an die Geschäftsstelle dieses Blattes erb.

**Maschinenschleifer**  
gesucht. **Granitwert Laufste, Einbed.**

**Sauberer Schrifthauer**  
für sofort gesucht. **H. S. Berlowitz, Steinmetzmeister**  
Posen, Breslauer Straße 30.

**Steinmetzen und Pflastersteinschläger**  
werden noch angenommen.  
**H. Hohendahl, Granitwerk, Königsbrück (Sa.).**

**Tüchtiger Werkzeugschmied**  
der zugleich auch **Granitsteinhauer** ist, zum sofortigen Antritt bei lohnender Beschäftigung gesucht.  
**H. Pfannenstiel, Steinmetzmeister**  
Frankfurt a. M., Schifferstraße 54.

**Gestorben.**  
In Alt-Warthau am 4. Juli der Kollege Gustav Albert Köhler, 37 Jahre alt, an der Nervenkrankheit.  
In Geesres am 11. Juli der Kollege August Popp, 34 Jahre alt, an der Lungenentzündung.  
In Münster am 3. Juli der Kollege Wilhelm Kollmann, 36 Jahre alt, an Kehlkopfentzündung.  
In Rostock am 8. Juli der Kollege Emil Herbig, 32 Jahre alt.  
Ehre ihrem Andenken!

Verantwortlicher Redakteur: A. Staubinger, Leipzig.  
Verlag von Paul Starke in Leipzig.  
Rotationsdruck der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

## Ein Landfriedensbruch und was daraus geworden ist.

Die Aussperrung unserer Kollegen bei der Firma Sieghelm in Wildemann hat etliche Prozesse zur Folge gehabt. Den Kollegen im Einersberg wurde, nachdem die Firma zweimal 10 Prozent Lohnreduzierung vorgenommen hatte, wegen Arbeitsmangel gekündigt. Gleichzeitig wurde aber den Kollegen im Wiersberg zugunsten, an Stelle der Entlassenen die schlechtere und niedriger gelohnte Arbeit zu verrichten. Als das abgelehnt wurde, entließ man auch diese Kollegen, und alle Verhandlungen beim Landrat, den Bürgermeistern der Städte Clausthal und Zellerfeld usw. waren ohne Erfolg. Die Firma lehnte alles ab und suchte nun in Harzburg und Umgegend Arbeitswillige. Selbstverständlich suchten nun die ausgesperrten diese Arbeitswilligen aufzufüllen, sie fanden trotz der scharfen Überwachung durch die Gendarmerie auch Gehör, und am 18. Januar fand in der Hüttenhütte eine Versammlung statt, in welcher außer den ausgesperrten auch der größte Teil der Arbeitswilligen anwesend war. Dort wurde, nachdem Kollege Siebold vom Zentralvorstand das Verhalten der Firma gekennzeichnet und die Arbeitswilligen auf die unkollegiale Handlungsweise aufmerksam gemacht hatte, ohne Widerspruch beschlossen, die Arbeit am 22. Januar einzustellen.

Als aber am 24. Januar, trotz des Beschlusses, wieder eine Anzahl eintrafen, entstand unter den ausgesperrten eine heftige Erregung, und etliche der Arbeitswilligen bestellten dann auch unsere Kollegen in den Bruch, wo sie sich Beschäftigung suchten. Das geschah und aus dieser Tatsache sollte nun 12 unserer Kollegen der Strich gedreht und etliche auf längere Zeit hinter Schloß und Riegel gebracht werden.

Angelagt waren der Zigarrenmacher und frühere Steinarbeiter Schropp, die Steinarbeiter Holze, Albert und Wilhelm Müller, Schrader, Rosenthal, Franke und Wahn aus Zellerfeld und Schubert, Wimmer, Jordan und Weinhardt aus Clausthal; sie sollten durch mehrere selbständige Handlungen

1. a) alle in Wildemann bezw. Silbernaal sich zu einer Menschenmenge öffentlich zusammengedrängt und mit vereinten Kräften gegen Personen und Sachen in und beim Steinbruch Einersberg Gewalttätigkeiten begangen haben, und zwar indem Schropp und Holze sich als Häufsführer betätigten und Jordan und Holze Gewalttätigkeiten gegen Personen begingen,

b) alle auch durch dieselbe Handlung andre durch Drohungen bestimmt haben, an Verabredungen zum Behufe der Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen mittels Einstellung der Arbeit teilzunehmen bezw. ihnen Folge zu leisten,

c) Holze auch durch dieselbe Handlung durch Androhung eines gemeingefährlichen Verbrechens den öffentlichen Frieden gestört haben;

2. alle gemeinschaftlich auf der Bahnstrecke Langelsheim-Clausthal in der Nähe des Bahnhofes Silbernaal zweimal die Bahnanlagen ohne Berechtigung betreten und den dienstlichen Anordnungen der Bahnpolizeibeamten nicht Folge geleistet haben;

3. Schropp, Holze und Weinhardt in Wildemann den Geschäftsführer Alfred Sieghelm, dessen Haushälterin und das Dienstmädchen durch Schimpfworte und Drohen mit einem Stöße öffentlich beleidigt haben;

4. Holze und Schubert in Wildemann den Dr. Strauß durch Schimpfworte öffentlich beleidigt haben;

5. Schropp den Holze und Schubert zu diesen Beleidigungen des Dr. Strauß durch Aufforderung vorzüglich bestimmt haben; Verbrechen, Vergehen und Übertretung gegen die §§ 125, Abs. 1 und 2, 126, 185, 200, 47, 48, 73, 74, 77 R.-Str.G.-B., § 153 R.-G.-O., sowie §§ 77, 78, 82 der Eisenbahnbau- und Betriebsordnung vom 4. November 1904. (Eine schöne Paraphrasenleiter. Redaktion.)

Dieser Anklage soll in kurzem folgender Tatbestand zugrunde gelegt haben:

Die Arbeitslosen hatten sich, nachdem sie die Arbeitswilligen am Bahnhofe gesehen hatten, wie immer, im Schützenhause versammelt und dort über die Abreise nach Clippingen gesprochen und denen, welche sich meldeten, das Reisegeld auszahlen wollen. Dann sind ungefähr 15 bis 20 Mann, darunter die Angeklagten, auf dem Wege nach dem Bahnhof Wildemann zuerst beim Hause des Geschäftsführers Alfred Sieghelm stehen geblieben, haben wahrscheinlich furchtbare — Lärm gemacht und geschimpft: „Hurenbande! Stinkjude!“ und dergleichen. Dann zogen sie weiter, am Dr. Strauß' Haus vorbei. Dort hätte Schropp mit der Hand nach oben gezeigt und gesagt: „Dort steht der Doktor, der kann euch Mixturen verschreiben!“ Nun stellten sich die andern beim Hause auf und schimpften: „Jubendoktor! Kurpfuscher!“ usw. und drohen mit dem Knüttel.

Auf dem Bahnhof Wildemann kaufte Schropp für alle eine Fahrkarte nach Silbernaal. Nun gingen sie alle im Schneegestübe nach dem Bruch. Schropp und Holze wurden von dem Weichensteller am Bahngleise aufmerksam gemacht, daß sie auf dem Gleise nicht gehen dürften. Sie zogen dann an der Barade vorbei und forderten die beim Ausladen von Steinen Beschäftigten auf, die Arbeit einzustellen.“ In der Barade hat Holze zu den dort befindlichen Arbeitswilligen gesagt, wenn sie nicht machten, daß sie fortkämen, würde heute abend die Barade in die Luft gesprengt. (1)

An der Chauffee wollte der Gendarm ihre Personalien feststellen und forderte dann zweimal zum Auseinandergehen auf. Darauf hat Schropp gesagt, sie bekämen die Harzburger doch, und wenn 20 Gendarmen und 10 Landräte kämen, sie müßten die Leute sprechen und heraus haben.“

Die Arbeitswilligen Harzburger legten darauf sämtlich aus Angst (!) vor weiteren Tälichkeiten die Arbeit nieder.

Diese Handlungen sollten durch 33 Zeugen und durch das Protokoll der richterlichen Inaugenscheinnahme vom 15. März bewiesen werden.

Ehe es aber zur Verhandlung vor dem Schwurgericht kam, brach der Landfriedensbruch schon zusammen, weil die Angeklagten keine Menschenmenge gebildet haben, oder, wie es im Jurisprudenz heißt: „Sie haben sich nicht zu einer durchschießungsgemengten, ungeordneten und nach Zahl und Individualität unbestimmten Vielheit zusammengefunden, ihre Zahl war vielmehr übersehbar.“

Deshalb wurde die Sache vor der Strafkammer in Göttingen in dreitägiger Verhandlung zu Ende gebracht.

Im Verhandlungsraum waren die beiden Angeklagten von den zwölf Angeklagten ausgefüllt, ebenso waren die Zeugenbänke voll besetzt und auch der Zuschauerraum. Hinter den Angeklagten hing ein vom Oberwachmeister, aber nicht ganz richtig gezeichnetes Lageplan; auch Schropp hatte noch eine recht übersichtliche Handzeichnung gemacht.

Der Präsident erklärte einleitend, daß es sich bei dieser Sache nicht um Politik handle. Politische Sachen gebe es hier nicht, und ermahnte die Zeugen, ja nicht nach der Partei zu sehen, denn auch Parteien gebe es hier nicht, es sollen keine Unzulässigen verurteilt, aber auch keine Gesetzesübertretungen unstrafbar gelassen werden.

Dann wurde den Angeklagten das recht umfangreiche Sündenregister vorgelesen und auch die kleinste Geldstrafe blieb nicht unerwähnt.

Zur Anklage äußerte sich zuerst Schropp in circa 1 1/2 stündigen Ausführungen. Er schilderte die Differenzen vom Frühjahr 1909 und ihre Beilegung mit Hilfe des Landrats und betonte besonders, daß er sich nicht als Führer angeboten, sondern vom Landrat selbst zur Mittelsperson gemacht worden sei, und daß er bei allen Differenzen stets beizugehen sei, alles in friedlicher Weise zu erledigen. Auch gleich nach der Kündigung sämtlicher Leute im Einersberg seien die Steinarbeiter zu ihm gekommen, und er habe dem Landrat geschilbert, daß so viel arbeitslose Tabakarbeiter am Orte seien; wenn nun die Steinarbeiter dazu kämen, wäre das Glend unbeschreiblich. Er habe sich auch mit den Bürgermeistern der beiden Städte in Verbindung gesetzt, aber deren Vermittlung sei ebenfalls hohl geblieben von der Firma abgewiesen worden. Dergleichen sei der Landtagsabgeordnete Spingewitz ebenfalls auf seine Veranlassung mit den Sieghelms in Verbindung getreten, aber alles sei vergeblich gewesen. Die Firma hat vielmehr unter falschen Vorpiegelungen Arbeiter in Harzburg angeworben, aber unter circa 30 Leuten waren nur 3 Steinarbeiter. Es sind großartige Versprechungen gemacht und der wahre Tatbestand ist ihnen verschwiegen worden.

Am 17. Januar kamen drei Mann von den Arbeitswilligen zur Kommission und erklärten, daß sie den versprochenen Lohn nicht erhalten hätten, daß die Gesundheitsverhältnisse in der Barade aller Beschreibung spotteten. Darauf habe am 18. die Versammlung in der Hüttenhütte stattgefunden, wo alle anwesenden Harzburger den Beschluß gefaßt hätten, daß am 22. die Arbeit beendet werden sollte. Den event. vorzuhaltenden Lohn solle Schropp dann ausfragen, das sei den Harzburgern auf ihren Wunsch vom Verbandssekretär Siebold schriftlich gegeben. Am andern Tage hat aber Sieghelm schon, weil er die Sache erfahren hat, an 6 Mann entlassen. Am 24. sind die ausgesperrten nach Wildemann gegangen, sie haben dann die Arbeitswilligen wieder ankommen sehen, gesprochen habe er sie aber nicht. Auf dem Schützenhause sei das Geschäftliche geregelt worden und dort seien schon drei Arbeitswillige dabei gewesen, es wäre ihm auch dort gesagt worden, er solle zum „Einersberg“ kommen und sich Beschäftigung holen.

Von der Affäre vor Sieghelm's Hause weiß er nichts. Beim Doktor aber hat das Dienstmädchen eine Handbewegung gemacht und der Doktor hat geschimpft, er selbst hat die Leute beruhigt und sei nach dem Bahnhof gegangen und hat dort des schlechten Wetters wegen das Fahrgeld bis Silbernaal bezahlt. Eine Verabredung habe nicht stattgefunden und er sei auch allein über den Bahnkörper nach dem Bruch gegangen. Ein Grund zur Rötung lag nicht vor, denn der Bruch lag so voll Schutt, daß ein lohnendes Arbeiten in Kürze nicht mehr möglich war. Er habe mit 2 Arbeitern ruhig gesprochen, einen älteren Arbeiter hat er sogar vom Wagen geholt und dann sei er zur Brücke im Bruch gegangen und habe gesehen, daß 2 Arbeiter Geräte in die Bude schafften und dieselbe zuschloßen. Sie haben dann über alles mögliche gesprochen und er sei dann erst aufmerksam gemacht worden, daß der Oberwachmeister käme. Er sei zur Hüttenhütte gegangen, dort seien die andern, darunter eine Anzahl Harzburger, nachgekommen, aber die Frau habe das Lokal verweigert, dann kamen drei Frauen von Zellerfeld und auch der Oberwachmeister kam, er forderte zum Auseinandergehen auf und alle seien auseinandergegangen, die inkriminierte Äußerung sei nicht gefallen, sie wäre ja auch widersinnig, weil ja alle, auch die meisten Arbeitswilligen schon aus dem Bruch waren. Später seien Arbeitswillige und ausgesperrte freundschaftlich nach dem Schützenhause gegangen.

Auf die Frage des Staatsanwalts, warum denn Schropp nicht das ganze Fahrgeld bezahlt hätte, antwortete er, daß er sich dabei nichts gedacht habe, die Clausthalen hätten es übrigens auch näher nach Hause. Der Staatsanwalt war mit dieser Antwort nicht zufrieden und Schropp sagte ihm dann: „Wenn er gewußt hätte, daß er deshalb auf die Anklagebank käme, dann hätte er anders gehandelt.“ Die Darstellungen des Genossen Schropp waren so schlagend und juristisch einwandfrei, daß zweifellos der Gerichtshof über die intelligenten Arbeiter sehr erstaunt war.

Die andern Angeklagten sind teils aus alter Gewohnheit, teils aus Anhänglichkeit den andern nachgegangen; ernstlich bedroht hat keiner die Arbeitswilligen.

Schubert ist zuletzt gewesen und auch vom Oberwachmeister aus dem Bruch gebracht worden.

Es wird nun das Protokoll der Lokalbeschäftigung verlesen und dann die Zeugen vernommen.

Der Oberwachmeister Ehrhardt, auf dessen Anzeige die ganze Anklage aufgebaut zu sein scheint, sagt aus, daß er den Arbeitswilligen selbst gesagt habe, sie sollen sich entschließen und Schropp mitteilen, was sie tun wollten. Er habe aber Schropp auf die Folgen des Landfriedensbruchs aufmerksam gemacht, es sind öfters Schimpfworte gefallen, hüben und drüben, er habe das nicht dulden wollen. Im übrigen habe Schropp stets friedlich gehandelt. Am 24. Januar habe er telephonisch die Mitteilung vom Landrat erhalten und schildert dann die Vorgänge ähnlich, wie es in der Anklage lautet. Besonders die Äußerung Schropp's an der Hüttenhütte hält er aufrecht. Er wird nun vom Verteidiger ins Kreuzfeuer genommen. Die andern beiden Gendarmen sind erst später dazu gekommen, sie können deshalb nichts Wesentliches ausfragen. Die andern Zeugen sagen nun über die Vorgänge bei Sieghelm und Dr. Strauß aus.

Der Geschäftsführer Alfred Sieghelm ist nicht erschienen, anstatt seiner sagt sein Bruder, daß er nicht im Bureau war, als die Leute vorüberzogen, daß ihm dann später der Bruchmeister telephoniert habe, daß die Ausständigen im Bruch seien. Er habe ihm geraten, sich absetzt zu halten. Wegen der Lohnreduzierung befragt, gab er zu, daß 20 Prozent Reduzierung vorgenommen seien, es seien aber in den letzten Jahren die Löhne gewaltig gestiegen und die schlechtere Konjunktur gab den Anlaß zu Reduzierungen. Es sind auch verschiedene Verhandlungen angebahnt, aber sie seien auf nichts eingegangen und überdies seien die Zellerfelder entlassen auf Wunsch des Wildemanner Bürgermeisters.

Von Schropp gefragt, ob wirklich Arbeitslosigkeit vorhanden war, da ja mehr Italiener eingestellt werden sollten und auch sind, gibt er ausweichende Antwort, desgleichen auf die Frage, ob sein Bruder und er gesagt habe: „Der Hunger werde die Ausständigen schon wieder in den Bruch treiben.“

Die Weichensteller Wahn und Frischke teilen mit, daß der Bahnhofsverwalter von Wildemann sie telephonisch benachrichtigt hätte, daß die Ausständigen kämen. Sie hätten Schropp und Holze gewarnt, die andern seien aber unbefähigt vorbeigelaufen. Was im Bruch vorgegangen ist, wußten sie nicht. Der Bruchmeister sei vorher in Kenntnis gesetzt.

Der Bruchmeister und der Schächmeister haben sich auf telephonischen Rat des Sieghelm aus dem Staube gemacht, als sie die Angeklagten kommen sahen. Sie haben veranlaßt, daß sich die Arbeitswilligen im Bruch sammelten, von den Vorgängen selbst haben auch sie nichts gesehen.

Es wurden am 1. Verhandlungstage 18 Zeugen vernommen.

## Wirtschaftliche Rundschau.

Eine neue Börseroute und ihre Beziehungen zum Arbeitsmarkt. — Der Arbeitsmarkt im Baugewerbe. — Erholung in der Tabakindustrie.

Wenn man geglaubt hatte, nach der Route an der New Yorker Börse vom Anfang Juni würde der Kapital- und Geldmarkt wieder längere Zeit Ruhe bekommen, so hat man sich getäuscht. Im Gegenteil, das Ende des Monats Juni hat eine abermalige Erschütterung gebracht, die in ihrer Einwirkung auf die europäischen Börsen viel empfindlicher sich äußerte als die Bewegung am Beginn des Monats. Der äußere Anlaß des Kurssturzes war eine Entscheidung der zwischenstaatlichen Kommission, der zufolge einigen Bahnen die Herabsetzung ihrer Frachtraten vorgeschrieben wurde. In diesem Vorgehen einer amtlichen Instanz erblickten die Finanzmagnaten einen neuen Angriff der Regierung gegen ihre Bewegungsfreiheit und beantworteten diesen prompt mit einer abermaligen Herabsetzung der Kurse aller Spekulationspapiere, nicht nur der Eisenbahnwerte. Die Kursherabsetzungen waren so allgemein und stark, daß auch an den deutschen Börsen die Stimmung unschlüssig, und fast auf dem gesamten Industriekapitalmarkt starke Verkäufe zu weichen den Kursen getätigt wurden. Es sind in ein paar Tagen Verluste infolge dieses Zwischenfalls eingetreten, die das immer mehr wachsende spekulierende Publikum etwas ernüchtert haben dürften. Es hat sich dabei mal wieder herausgestellt, daß sehr viel mit deutschem Gelde auch an ausländischen Börsen spekuliert wird — eine Gewohnheit, die aus mehr als einem Grunde ihre bedenklichen Seiten hat. Die Sucht der Tagespekulation, die immer weitere Kreise auch der mittleren und kleinen Kapitalisten ergreift, ist ein Krebsgeschwür unserer Volkswirtschaft und beeinträchtigt auch den Arbeitsmarkt in viel höherem Grade, als man gemeinhin glaubt. Es wird ja nicht gekauft und verkauft, um sein Kapital dauernd oder für längere Zeit in einer bestimmten Anlage zu investieren, sondern es wird hin- und hergehandelt, um an den Kursschwankungen zu verdienen. Und es werden im großen und ganzen auch aus dieser Art des Geschäftsummens aus dem volkswirtschaftlichen Organismus herausgeholt, die in gar keinem Verhältnis zu dem wirtschaftlichen Zweck einer berechtigten Spekulation stehen. Die Folge ist im Effekt eine ungesunde Wertsteigerung des mobilen Kapitals, die bedingt, daß aus unseren gewerblichen Unternehmungen immer höhere Summen zur Verzinsung der Kapitalien herausgewirtschaftet werden müssen. Denn wenn auch kürzlich ein hervorragender Bankdirektor gemeint hat, für die Dividendenverteilung komme bei einer Aktiengesellschaft nur das Nominalaktienkapital in Frage, so stimmt die Praxis mit dieser Meinung doch nicht im entferntesten überein, vielmehr muß sich die Dividendenpolitik auch nach der Kurshöhe der Kapitalien richten, die im Durchschnitt weit über den inneren Wert der Industriekapitalien hinausgeht. Mit Rücksicht auf diesen starken Einfluß, der auch den Lohnanteil der Arbeiter berührt, muß vom Standpunkte des Arbeitsmarktes den Vorgängen an der Börse steigende Aufmerksamkeit geschenkt werden, und die Zeit dürfte nicht mehr allzu fern sein, wo dieses Interesse sich zu der Frage verdichtet, wie den Kurstreibern der Tagespekulation entgegengetreten werden kann. So wie die großen Finanzmagnaten Amerikas vermögen, an den Börsen der ganzen Welt Kursschwankungen von größter Tragweite zu inszenieren, so vermag auch mit der Zeit die organisierte und geschickt geleitete Arbeit Kurstreibern, die die Interessen der Arbeit beeinträchtigen, entgegenzuwirken.

Wenn auch die Aussperrung im Baugewerbe in den zwei ersten Wochen ihres Verlaufes den Arbeitsmarkt noch wenig berührt hatte, so äußerte sie sich doch während des Monats Mai um so prägnanter. Der Arbeitsmarkt im Baugewerbe zeigte während des genannten Monats eine Verschlechterung, die zur Folge hatte, daß der Andrang am Arbeitsmarkt noch ungünstiger war als während der Krisenjahre. Für das ganze Reich und für sämtliche Berufe des Baugewerbes stellte sich der Andrang im Mai des laufenden Jahres auf 182,9, während er im nämlichen Monat 1909: 112,2, 1908: 151,0, 1907: 108,7 und 1906: 108,5 betragen hatte. Dieses hinaufschwellende Andrange kam in der Hauptsache an solchen Plätzen zum Ausdruck, wo weitergearbeitet wurde, während in den gesperrten Orten selbst jeder Verkehr am Arbeitsmarkt mehr oder weniger ruhte. Der steigende Andrang erklärt sich ja auch leicht durch die Abwanderung von ausgesperrten Arbeitern nach solchen Orten, wo weitergearbeitet wurde. Von den verschiedenen Berufen zeigt der Arbeitsmarkt der Maurer die intensivste Verschlechterung; erst in einigem Abstand kommen die Zimmerer. Nachdem nun die Aussperrung zu Ende ist, dürfte die ungünstige Verschlebung des Arbeitsmarktes auch wohl bald wieder nachlassen, wenn auch damit gerechnet werden muß, daß vor etwa September kaum wieder ganz befriedigende Verhältnisse eintreten dürften. Die Sommermonate Juli und August bedeuten für die Bautätigkeit regelmäßig eine relativ stille Zeit, und es ist kaum anzunehmen, daß hierin im laufenden Jahre eine besondere Abweichung eintreten wird. Um so mehr aber darf man hoffen, daß die Herbstmonate reichliche Arbeitsgelegenheit bringen und einen Teil der Verluste ausgleichen werden, die infolge der Aussperrung für die Arbeiterschaft des deutschen Baugewerbes entstanden sind.

Unter der Einwirkung der drohenden und perfekten Erhöhung der Tabaksteuer hat das gesamte Tabakgewerbe einen Niedergang erlebt, wie er kaum je einmal so allgemein und intensiv beobachtet worden sein dürfte. Am Arbeitsmarkt krieg der Andrang auf eine Höhe, die für eine ganz ungewöhnliche Arbeitslosigkeit sprach. Erst seit ein paar Monaten geht der Andrang wieder zurück, so daß man hoffen kann, auch in der Tabakindustrie bereite sich die Erholung vor. Freilich, darüber darf nicht vergessen werden, mit welchen Opfern diese Erholung bezahlt werden muß. Das Angebot arbeitssuchender Tabakarbeiter hat sich verringert, weil eben zahlreiche Arbeitskräfte männlichen und weiblichen Geschlechts sich überhaupt nach anderer Arbeitsgelegenheit umsehen mußten. In manchen Bezirken des Tabakgewerbes hat sich die Zahl der in der Tabakindustrie tätigen Personen erheblich dezimiert, und es ist vorderhand nicht daran zu denken, daß das Tabakgewerbe in diesen Bezirken wieder die Arbeitsgelegenheit bis auf die frühere Höhe steigern kann. Namentlich dürften diese Ausfälle für die Bezirke zutreffen, in denen noch relativ bessere Löhne bezahlt werden. Unter dem Druck der neuen Steuern sind nämlich nicht nur Betriebe eingegangen oder verkleinert worden, sondern es haben sich in Gegenden mit besonders niedrigen Löhnen neue Betriebe gebildet, deren Wettbewerb in den nächsten Jahren noch viel von sich reden machen dürfte. Es ist die alte leidige Erfahrung, daß die Tabakindustrie fast systematisch und ohne Unterlaß ihre Standorte wechselt, indem sie zur Verbilligung der Gesehungskosten immer entlegener ländliche Gegenden mit den niedrigsten Lohnsätzen aufsucht. Besonders hört man aus Schlesien von einer Ausbreitung des Tabakgewerbes infolge der dort noch herrschenden niedrigen Anprische der ländlichen Bevölkerung. Wenn sich also auch die Arbeitsgelegenheit im Tabakgewerbe wieder bessert, so bleibt die Situation für die Tabakarbeiter aus dem zuletzt angeführten Grunde nach wie vor noch recht unbefriedigend.

Berlin, am 12. Juli 1910. Richard Calwer.

# Soziales von der Brüsseler Weltausstellung.

I.

Eine Weltausstellung hat den Zweck, dem Geschäft, der Industrie zu dienen, zunächst des Landes, das die Ausstellung veranstaltet und dann der übrigen Teilnehmer. Die Industriellen, die Landwirte und sonstigen Gewerbetreibenden schicken ihre Erzeugnisse, präsentieren sie in günstiger Aufmachung dem Publikum und erwarten dann Käufer für ihre Waren. Wenn die Erwartung, diese Berechnung rein materieller Art nicht wäre, würden auch keine Weltausstellungen stattfinden. Nun liebt man es aber, des guten Aussehens wegen, derartige Ausstellungen auf eine über dem rein geschäftlichen Interesse erhabene Stufe zu erheben, indem man die Waren nach einer Kulturschau zu gestalten versucht. Neben den wirtschaftlichen Gütern stellt man auch den Kulturstand des Landes in sozialer, geistiger und künstlerischer Hinsicht zur Schau. In figürlicher, bildlicher, statistischer oder literarischer Darstellung zeigen die verschiedenen Länder, was sie etwa auf dem Gebiete der Arbeiterfürsorge, der Erziehung usw. geleistet haben. Man weiß, daß Deutschland auf den Ausstellungen der letzten Zeit liebte, in goldenen Pyramiden und Würfeln die Leistungen seines Arbeiterversicherungswesens glänzend zu veranschaulichen. Natürlich ist auch das ein gut Stück Reklame, denn es empfiehlt immerhin auch geschäftlich, wenn sich der Industriestaat zugleich auch als „Kulturstaat“ präsentieren kann, und mit der Reklame ist dieses Verfahren auch infolgedessen verwandt, als die guten Seiten möglichst ins Bessere Licht gerückt werden, das minder gute aber verschwiegen und dazu bei wenig Wille meist ein sehr großes Geschrei gemacht wird. Um mit Deutschland zu beginnen, so ist diesmal das Unterrichtsministerium, Zeugnis von seinem sozialen Pflichtbewußtsein abzulegen. Die äußere Herrichtung ist, was Raum-einteilung, Uebersichtlichkeit und Gefälligkeit betrifft, wie alles in der deutschen Abteilung ausgezeichnet. Die Unterrichtsausstellung bezweckt vor allen Dingen, die neue Richtung im Schulwesen zu veranschaulichen, die sich abwendet von der ausschließlichen Pflege der Denkarbeit und des Gedächtnisses und daneben auch der körperlichen Erziehung durch Spiel und Sport, der Handfertigkeit, der Naturbeobachtung die gebührende Rücksicht zuteil werden läßt. Das Material, das hier geboten wird, ist interessant für den Pädagogen wie für den Sozialpolitiker. Aber wie in der deutschen Unterrichtsausstellung schon räumlich den höheren Schulen die größeren Zugeständnisse gemacht werden, so zeigt sich auch, daß die erstrebte Reform bislang nur in den höheren Schulen Eingang gefunden hat, während die Volksschulen bisher noch — abgesehen von vereinzelten kargen Ansätzen — leer ausgegangen sind und aller Voraussicht auch wohl noch auf lange hinaus leer ausgehen werden. Und auch was sonst noch die Unterrichtsausstellung an Verbesserungen und Neuerungen für die Volksschule (Ausstattung der Schulräume, Schulhygiene, Anstalten für anormale Kinder) zeigt, sind vorläufig nur Verheißungen, programmatische Erklärungen, deren Erfüllung noch in sehr weitem Felde liegt. Dazu ist der Wust des Alten und Schlechten, der selbstverständlich nicht mit ausgefällt wird, zu groß, und der gute Wille, damit aufzuräumen, zu schwach.

Ganz am Ende des Ausstellungsfeldes, bis wohin sich kaum ein Besucher verliert, hat eine internationale Ausstellung von Arbeiterhäusern Platz gefunden. Man kennt diese mehr oder weniger schmucken Gebäude, wie sie fast auf allen Ausstellungen zu sehen sind — zur höheren Ehre des Unternehmertums, das die Arbeiter mit einem Hause belehnt, um ihnen dafür die Freiheit zu nehmen. Die Häuser auf der Brüsseler Weltausstellung sehen schmuck aus im Grün ihres Gartens und im Flor der Fensterblumen; und drinnen hat bei der Einrichtung eine kunstverständige Hand gewaltet. Wenn jeder Arbeiter ohne die Fessel der Sörigkeit ein solches Haus gewänne, dann hätte er zwar immer nur erst das allernotwendigste und Bescheidenste, aber er hätte dann doch wenigstens ein Heim. Aber was bedeuten die geringen Ansätze auf diesem Gebiete, selbst wenn sie für den Arbeiter nicht mit dem Verzicht auf die Bewegungsfreiheit verknüpft wären, gegen das drückende Massendwängen der modernen Wohnungsnot! Deutschland ist hier nur mit zwei zerlegbaren Holzhäusern vertreten, erbaut nach dem System der Firma Siebel (Düsseldorf), das hier zum ersten Male auf Arbeiterhäuser Anwendung findet.

In der deutschen Ausstellung für Eisenbahnen findet sich unter den zahlreichen Erzeugnissen des Lokomotiven- und Wagenbaus ein Wagen vierter Klasse, der sich in seinem frischen Anstrich, seinen sauberen Fenstern, seinem funkelnden Beschlag, und seinem geräumigen Innern ganz gut ausnimmt. Im Gebrauch, wenn der Glanz gewichen und das Innere von Menschen, Gepäck und schlechter Luft überfüllt ist, wird man ihn weniger wohlwollend finden. Daneben ein Salonwagen, eine rollende Villa mit raffiniertem Komfort, jeder kann den Wagen, so wie er da steht, gegen Bezahlung von 12 Billetts erster Klasse, haben und damit in die Alpen, an die See oder nach der Riviera fahren. Und nun ermesse man an diesem Klassenunterschiede im eisenbahntechnischen Sinne, wie herrlich weit wir es gebracht haben im Vergleich der Klassenunterschiede im sozialen Sinne. Und man berechne, was der Staat an den proletarischen Fahrgästen vierter Klasse verdient und was er zulegt für den Millionär im Salonwagen, der beiläufig das nette Einkommen von 80.000 Mk. gekostet hat. Dann wird man in der Lage sein, zu beurteilen, inwieweit diejenigen Recht haben, die diesen Staat einen Klassenstaat nennen.

Belgien hat einen weitläufigen Raum der Economie sociale, wie würden sagen der Sozialpolitik, gewidmet. Am Eingange befindet sich ein Monument, eine hohe weibliche Gestalt, die schützend ihre Hände über einen Arbeiter und eine jugendliche Arbeiterin hält: das Geis, die Arbeit schützend! Und als diese Abteilung eröffnet wurde, hielt der belgische Arbeitsminister eine Rede, worin er erklärte, diese Ausstellung beweise, daß Belgien nicht nur das Land der Arbeit, sondern auch das Land der sozialen Aktion sei. Die „soziale Aktion“ in Belgien besteht darin, daß der Staat den Proletariat völlig schutzlos gegen die Schädigungen der Arbeit, gegen Krankheit und Alter gelassen hat, und was sonst die sozialökonomische Abteilung bietet, das bezieht sich auf die Selbsthilfebemühungen von Bauern-, Handwerker- und Arbeitervereinen, auf die sozialen und humanitären Liebhabereien von weltlichen und kirchlichen Gesellschaften und Weltverbessern, deren Gesinnung schon deshalb nicht immer unerbötlich ist, weil ihr Eifer gar zu deutlich darauf hinausläuft, den Arbeitern den Weg zur wirklichen Besserung ihrer Lage zu erschweren. Was hier pomphaft als „soziale Aktion“ angepriesen wird, ist zum guten Teil weiter nichts als das Bekennnis sozialer Ohnmacht, die man durch geschäftigen Ueberreifer im Drumherumkurrieren zu bemänteln sucht.

Ebenso kritisch verdient die belgische Unterrichtsausstellung betrachtet zu werden. Ueber den Tiefstand der allgemeinen Volksbildung vermögen weder die Musterleistungen der höheren und gewerblichen Schulen, noch die schönen Wandgemälde, die den Fortschritt des Volksschulwesens kundtun sollen, hinwegzutäuschen. Belgien hat bis heute noch keine Verpflichtung zum Volksschulbesuch; der Unterricht ist, dank dem päpstlichen Reglement von den großen Städten abgesehen, durchaus unzureichend. 12 Prozent der Bewohner können gar nicht, und mehr als die Hälfte kann nur notdürftig lesen und schreiben. Diese Tatsachen, von denen die Ausstellung natürlich nichts berichtet, enthillen mehr von dem sozialen und kulturellen Stande des Landes, als alle die Monumente und Modelle, die Musterlehrerleistungen und die statistischen Tafeln der Unterrichtsausstellung.

Nicht anders ist es mit den übrigen Staaten, die in der üblichen Weise ihr Unterrichtsministerium zur Schau gestellt haben, immer mit besonderer Berücksichtigung der höheren und gewerblichen Schulen. Die Grundlage einer wirklichen Volksbildung

beruht nicht in der Aufsicht einer Schicht von wissenschaftlichen und technischen Kräften, sondern in der Ausstattung des gesamten Volkes mit einem hinreichenden Maße von allgemeiner Bildung, das jedem ermöglicht, seinen Platz in der Gesellschaft zum allgemeinen Besten auszufüllen. Man mag auch untergehen, daß auf diesem Gebiete immerhin ein merklicher Unterschied zwischen den einzelnen Staaten vorhanden ist, so mangelt es hier an sozialem Pflichtgefühl der Volksbildung gegenüber noch überall.

Das lehrt die Brüsseler Weltausstellung — allerdings mehr in dem, was sie nicht zeigt, als in dem, was sie zeigt. Schließlich hat der Mann, der im deutschen Katalog die Einleitung zur Unterrichtsausstellung schrieb, recht, wenn er meint, lebendige Wirkungen ließen sich nicht zur Anschauung bringen. Gewiß nicht. Wenn sie sich zur Anschauung bringen ließen, würde die deutsche Unterrichtsausstellung weniger anzusehen ausfallen. Man müßte denn die „lebendige Wirkung“ des herrschenden Systems, etwa den Geist des preussischen Kultusministeriums, für eine erfreuliche Erscheinung halten.

## Korrespondenzen

**Cunewalde.** Am 25. Juni fand im Gasthaus zu Schönberg eine gut besuchte Steinarbeiterversammlung statt. Gauleiter Jahn, welcher am Tage die Kollegen in den Steinbrüchen besucht hatte, sprach über den letzten Verbandstag. In ausführlicher Weise behandelte er die Arbeitslosenunterstützung und bezeichnete sie als Notwendigkeit. Auch führte er das Solidaritätsgefühl den Kollegen klar vor Augen und forderte sie auf, keine Gegner mehr zu sein. Zur Beitragsregulierung empfahl er den Kollegen, in eine höhere Klasse einzutreten. Der lebhafteste Beifall zeigte, daß die Versammlung mit den Ausführungen einverstanden war. Auch wurde gewünscht, daß mehr als je die Arbeiterpresse, die „Volkzeitung“, gelesen werde, welche nur allein unsere Interessen vertritt. Vom Vorsitzenden wurde bekannt gegeben, daß die nächste Mitgliederversammlung am 17. Juli in Schönbachs Restaurant in Cunewalde stattfindet. Am Schlusse forderte er die Kollegen auf, tüchtig zu agitieren, auf daß der letzte Mann dem Verbandszuge beigefügt werde.

**Mühlhausen i. Thür.** Dienstag, den 28. Juni, tagte hier eine außerordentliche Mitgliederversammlung, in welcher unser Zentralvorstand Kollege Starke zugegen war. Der erste Punkt war Stellungnahme zu den Tarifstreitigkeiten betreffs Dedstücken. In der Distriktsversammlung zu Langensalza am 19. Juni wurde, da in Langensalza derselbe Fall vorlag, beschlossen, eine Schiedskommission zu wählen, bestehend aus je zwei Kollegen der Bahnhöfe Mühlhausen und Langensalza, unter Einziehung eines unparteiischen und eines Vertreters der Arbeitgeber. Die beiden Firmen, die in Frage kommen, waren damit nicht einverstanden. Kollege Starke, welcher in Anwesenheit der gewählten Kommission mit dem hiesigen Geschäft unterhandelte, gab uns nun das Resultat bekannt. Die Unternehmer stellen sich zuerst auf den Standpunkt, ein Schiedsgericht sei nicht nötig. Dann wollten sie kein Schiedsgericht in Sachsen, sondern in Schleien zulassen, da unsere Tarife auf schleischer Grundlage beruhen. Zuletzt einigte man sich auf Dresden oder Leipzig. Nachdem der Sachverhalt eingehend besprochen worden war und der Zentralvorstand wegen seinem derzeitigen Nichterscheinen schwere Mühen einstecken mußte, wurde ein Antrag, sich dem Schiedsgericht, wie er auch ausfallen mag, zu fügen angenommen. Sodann hielt Kollege Starke einen Vortrag über die Hilfsarbeiterfrage. Er führte aus, daß selbige bei der Natur ihres Gewerbes zu uns gehören. Gerade die zunehmende Organisation der Unternehmer soll uns ein Ansporn sein, es ihnen mindestens gleichzutun. Auch die Leistungen unseres Verbandes mit seinen Unterstützungseinrichtungen hob er hervor, besaglichen die Staffellung, die eingeführt wurde, von 30, 40, 50 und 60 Pfg. Hierauf ging Redner aufs politische Gebiet über. Hand in Hand mit unsern Gewerkschaften müssen wir mit derjenigen politischen Partei gehen, die unsere Interessen vertritt. Das tut in althergebrachter Weise nur die Sozialdemokratie. Auch Beispiele aus dem Wirtschaftsleben, dem jetzigen Aufstieg desselben führte er klar vor Augen. Mit einem Mahnwort, auch der politischen Organisation beizutreten und fest zusammenzuhalten, schloß Redner seinen Vortrag, der mit Beifall aufgenommen wurde. Im Besonderen wurde eine angelegentlichste zweite Tarifstreitigkeit besprochen.

**Neusäß.** Am 2. Juli fand im Gasthaus zum Rebstock unsere Mitgliederversammlung statt. Dieselbe war gut besucht. Die Versammlung beschäftigte sich hauptsächlich mit der allgemeinen Lage der Arbeiter am Orte und Umgebung. Kollege Weinbl aus Kappelrodt führte den Anwesenden ihre jetzige Lage in eindringlichen Worten klar vor Augen. Er betonte ganz besonders, daß sich die Arbeiter, wenn sie ihre Lage verbessern wollen, unbedingt zusammenschließen müssen, denn der einzelne Arbeiter sei niemals imstande, etwas zu erringen. Das gebiegene Referat hat auch seine Wirkung nicht verfehlt, denn es ließen sich sofort 5 Kollegen in den Verband aufnehmen. Es wurde beschlossen, zwei Beitragsklassen am Orte zu führen, damit jeder Kollege den Verhältnissen entsprechend seine Beiträge leisten kann. Weinbl hielt dann noch ein recht begeisterndes Schlusswort.

**Reichenbach i. Oberwald.** Am 26. Juni tagte im Gasthaus zum Schwan unsere Mitgliederversammlung, welche sich eines guten Besuches erfreute. Zum ersten Punkt der Tagesordnung erstattete Kollege Moosmüller-Kirchhaußen Bericht vom Verbandstag. Er referierte in sehr eingehender Weise und ging hauptsächlich auf die angenommenen Anträge, auf die nun gelöste Hilfsarbeiterfrage, sowie auf die ganzen Verhandlungen ein. Die Kollegen erklärten sich mit den Beschlüssen, welche der Verbandstag gefaßt hatte, einverstanden. Reicher Beifall wurde dem Delegierten am Schlusse seiner Ausführungen zuteil. Zum Punkt 2: Beitragsregulierung, setzte eine lebhafteste Debatte ein. Etliche Kollegen besprachen die 30, 40 und 50-Pfg.-Klassen, die Mehrheit der Anwesenden jedoch die 40, 50 und 60-Pfg.-Klassen. Die Abstimmung ergab mit Majorität die Einführung der letztgenannten Beitragsklassen. Es wurde von verschiedenen Kollegen hervorgehoben, die Statistikkarten gewissenhaft auszufüllen und an die Plakattierer abzuliefern. Hierauf schloß der Vorsitzende die sehr gut verlaufene Versammlung.

**Berlin.** Im Englischen Garten nahmen die Marmorarbeiter Stellung zur Tariffrage. Kollege Bunt hatte das einleitende Referat. Redner legte dar, wie die Lohnverhältnisse eine Vereinfachung geradezu erfordern, um der Zerfallendheit und der durch sie begünstigten Schmutzkonzurrenz erfolgreich zu begegnen. Das Scheitern der Normaltariffrage müsse die Veranlassung für uns sein, nunmehr ein Tarifverhältnis auf örtlicher Grundlage anzustreben. Die Distriktsredner bewegten sich im Sinne des Referats. Allseitig wurde gewünscht, daß ein Tarif zustande kommt, in welchem die im Laufe der letzten Jahre durch das Umschlagreifen der Maschine veränderten Verhältnisse Berücksichtigung finden. Auch die Kunstkette n r a n g e müsse bei dieser Gelegenheit mit berücksichtigt werden. Eine stehengleibrige, aus allen Branchen bestehende Kommission wurde darauf beauftragt, einen Tarifentwurf auszuarbeiten und der in der nächsten Woche erneut zusammentretenden Kollegenschaft vorzulegen. Die Versammlung verlief in größter Ordnung.

**Friedensfels (Oberpfalz).** Die Christlichen wollten hier am 2. Juli eine „große“ Versammlung abhalten. Punkt 3 Uhr betrat der schwarze Sekretär und sein Abtats den Saal. Zu ihrem Bedauern war der Saal noch leer, nur Tische und Bänke standen in geordneten Reihen zur Versammlung bereit. Die „Volksprediger“ legten ihr Bündel (gespickt mit Zitatentrollen) ab und warteten geduldig auf die gerufenen Schäflein. Aber vergebens

warteten sie 1½ Stunden. Es fand sich kein Versammlungsbesucher ein. Da sie einsehen, daß das Reden vor den Bänken und Stühlen keinen Wert hat, so wurde beschloffen, in das Gastzimmer zu gehen. Sie fragten, ob sie dort Versammlung halten könnten. Es wurde nicht abgesprochen. Es waren meist Landwirte im Gastzimmer, welche kein Interesse für ihr Geschnatter hatten. Aufnahmezettel wurden verteilt, sie wanderten in die Redaktionskammer, kein Mensch hatte Veranlassung, sich dem „Keramarbeiterverband“ anzuerkennen. Als nun die beiden einsehen, daß für sie nichts zu erreichen ist, ging eine förmliche Schimpferei los über die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften. Einige Landwirte meinten: Diese beiden wollen christliche Leuchten sein und nun kommen sie mit solchen Verheißungen. Ihnen war es ein Eckel, solche provozierende Reden aus dem Munde der christlichen Agitatoren anhören zu müssen. — Soweit ist es auch in Friedensfels schon gekommen, daß die Senbtinge des „Keramarbeiterverbandes“ ohne den kleinsten Erfolg von dannen ziehen mußten. Nachdem unser Zentralverband hier festen Fuß gefaßt hat, kommen diese Arbeiterzersplitterer und wollen somit indirekt die Geschäfte der Firma fördern. Die hiesigen Kollegen bleiben im „Steinarbeiterverband“, das sei dem Herrn Redner nebst Anhang in aller Bescheidenheit gesagt. Unser Verband hat im Fichtelgebirge ein sehr ausgebeutetes Tarifwesen, und da müßten wir die nativsten Leute sein, wenn wir uns von den schwarzen Agitatoren „kdben“ ließen. Im „Steinarbeiter“ wurde unfre religiöse Ueberzeugung noch mit keinem Jota verfehlt; was darüber im „Keramarbeiter“ steht, ist unheimlich. Die hiesigen Kollegen hätten, es gern gesehen, wenn die beiden Agitatoren auf den Werkplatz gekommen wären. Wir wetten, keiner von den Volksbeglückern kann das „Absehen“ eines Werkstücks vornehmen. Leute, die von unserm Beruf nichts verstehen, mögen uns in Zukunft gefälligst fernbleiben.

**Kirchhausen.** Indem in letzter Zeit das Blaumachen hier wieder stark einreißt, finden wir uns veranlaßt, an dieser Stelle einige Sätze darüber zu verketen. Wer ist der eigentliche Urheber dieses Unfugs? Wir behaupten, daß dieses die Herren Unternehmer sind. Als dieses Frühjahr der Bezirksrat zum Abschluß kam, da wurde bei den allgemeinen Bestimmungen von den Unternehmern der Antrag gestellt, daß das Blaumachen nicht mehr wie im alten Tarif mit 1 Mark, sondern mit 5 Mark bestraft werden soll. Aber es blieb bei 1 Mark, also wie bisher. Die ersten zwei Monate wurde das Abziehen von einigen Unternehmern auch eingehalten, und man merkte schon den Erfolg; wir glaubten, nun sei der Unfug beseitigt. Aber auf einmal kam die Sache ganz anders. Im Betrieb Bräuer in Sonderbach hatten die Kollegen, zirka 15 an der Zahl, gleich 3 und 4 Tage hintereinander den Blauen gefeiert. Im Betrieb Bruchner in Heppenheim fanden ebenfalls 11 Mann den Weg zur Arbeit nicht, auch im Betrieb Sternheimer in Heppenheim ist das Blaumachen Sitte geworden. Diese Zustände sind allerdings tieftraurige zu nennen, für Organisierte sind sie unwürdig. Nun, wie steht es mit der Bestrafung? Auf allen andern 12 Betrieben werden die Kollegen bestraft, aber in diesen Betrieben bestraft man gar nicht, oder nur diese, die man gern los sein will. — Nun, Kollegen, eine kleine Aufklärung, warum diese Herren den Unfug indirekt unterstützen. In dem Bezirksrat heißt es, daß bei Steinmangel der Arbeiter, wenn er länger wie eine Stunde warten muß, anderweitig auf Stühle gewartet werden muß, wissen die Kollegen sehr gut; die Unternehmer müßten also anderweitig Arbeit schaffen. Ferner kommt es vor, daß in einem Betriebe am Lohnstage immer 40, 50, 60 und 80 Pfg. fehlen; nun, wird sich ein Blaumacher einmal darüber beschweren? Die richtige Antwort wird auch hier nicht ausbleiben. — Nun, wie steht es mit den Uebelthätern, die man nicht bestraft, und mit denen, die man bestraft. Wenn sich nun ein solch bestraffter Kollege meldet, dann heißt es, sie sind bestraft, wenn es Ihnen nicht paßt, dann können Sie gehen. Die andern Kollegen, die mit blau gemacht haben, halten natürlich den Mund. — Auch die Verteilung der Werkstücke muß erwähnt werden. Wir haben schon wieder die Erfahrung gemacht, daß diejenigen Kollegen, die 3 und 4 Tage trinken, auch immer die schönsten Stücke zugesoben bekommen. Auch darin hat der Unternehmer wieder seinen Vorteil. Die Kollegen schlagen dann wie die Wilden darauf los und hauen das Stück in kurzer Zeit her und drücken somit den Preis herunter. Nun, Kollegen, unser Ziel muß sein, geregelte Arbeitszeit und geregelte Lohnverhältnisse zu schaffen. Und dieses ist nur zu erreichen, wenn mit dem großen Unfug des Blaumachens ausgeräumt wird, denn solange dieses nicht der Fall ist, wird die Einigkeit unter den Kollegen nicht gefaßt. Wie oft habt ihr euch schon untereinander geschlagen und dann die Ausrede gebraucht, wenn der und der in der Versammlung ist, gehe ich nicht hin. Nun, Kollegen, helft dazu, daß auch hier und in der Umgebung der Steinhauer seinen guten Namen wieder erhält und unterdrückt nicht diejenigen, welche für Ordnung sorgen wollen. Einige Kollegen.

**Heilbronn.** Nachdem die Aussperrung nach Abschluß eines neuen Vertrags und durch Einführung des Tagelohns auch hier beigelegt ist, ist es uns gelungen, unsere Kollegen von der Firma Hermann Burrer, Filiale Weinsberg, sämtlich hier und in der Umgebung unterzubringen. Die Firma will unsern Verband nicht anerkennen. Der Vlag Burrer in Weinsberg (Wahnhof) ist also gesperrt und wir bitten die Kollegen allerorts, hiervon Kenntnis zu nehmen und Zugang möglichst fernzuhalten. Hauptächlich aber eruchen wir die Kollegen, welche sonst noch im Betriebe Burrer in andern Filialen beschäftigt sind, möglichst bald hierzu Stellung zu nehmen und uns so gut wie möglich zur Seite zu stehen, um die Halsstarrigkeit dieses Herrn zu überwinden. Bei etwaigen Mittelungen wird gebeten, sich an Schriftführer J. Wollenst, Heilbronn, Wartbergstraße 9b, zu wenden.

**Regensburg.** Am 6. Juli unterzeichnete ein Unternehmer mit 8 Gehilfen den von uns vorgelegten Tarifvertrag. Die übrigen Herren konnten sich zu zeitgemäßen Zugeständnissen nicht bestimmen und muteten uns durch Einführung der Akkordarbeit und anderer Bestimmungen wesentliche Verschlechterungen zu. Am 8. d. M. tagten nun vor dem Gewerbegericht die Einigungsverhandlungen, diese führten zu einem vollen Erfolg für die Arbeiter. Die Einführung der Akkordarbeit und andre Verschlechterungen wurden abgewehrt. Die Arbeitszeit beträgt wöchentlich 56 Stunden. (Auch ein schöner Erfolg.) Der bisherige Mindestlohn von 41 Pfg. pro Stunde beträgt vom 10. Juli 1910 bis 31. März 1911 45 Pfg.; bis 31. März 1912 46 Pfg.; bis 31. März 1913 47 Pfg. pro Stunde. Der Mindestlohn für Junggefelln und durch Invalidität oder Unfall beschränkte Arbeiter beträgt 36 Pfg. pro Stunde. Für Ueberstunden, welche nunmehr sofort nach der üblichen Arbeitszeit beginnen, wird 30 Prozent, für Nacht- und Sonntagsarbeit 60 Prozent Zuschlag bezahlt. Ein Schiedsgericht mit einem unparteiischen Vorsitzenden zur Schlichtung von Streitfällen ist anerkannt. Der Vertrag hat bis 31. März 1913 seine Gültigkeit und kommt zirka 50 Arbeitern zugute. Die hiesigen Kollegen haben somit halbwegs bei der Bewegung abgeschlossen.

**Falkenhain.** Am 10. Juli fand eine öffentliche Steinarbeiterversammlung statt, in welcher Gauleiter Steinger aus Beucha über: Die wirtschaftliche Lage der Arbeiter referierte. Die Versammlung war gut besucht und der Vortrag wurde mit großer Aufmerksamkeit verfolgt. Eine Agitation in den einzelnen Orten hatte leider nicht den erhofften Erfolg. Kollege Schlegel-Beucha meinte, eine so begrifflose Arbeiterchaft wie die hiesige noch nicht getroffen zu haben. Es hält zwar sehr schwer, aber trotzdem steigt unsere Mitgliederzahl langsam aufwärts. Wir müssen denken: Auf einen Sieb fällt kein Stein.